Inhalt

I. Vorwort des Präsidenten 3

II. Das Jahr 2019 in der Rückblende 4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen 4
Aus der Grossratsfraktion 6
Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten 12
Die SVP in den Gemeinden 15
Die SVP im Netz 15

III. Tätigkeitsberichte 17

Parteiorgane 17
Geschäftsleitung 17
Parteivorstand 17
Delegiertenversammlungen 17

Fachkommissionen 19
Finanzkommission (FiKo) 19
Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) 19
Bildungskommission (BiK) 20
Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK) 22
Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) 22
Sicherheitskommission (SiK) 23

SVP Frauen Kanton Bern 25

JSVP Kanton Bern 26

SVP Senioren Kanton Bern 28

Landesteile 30
Jura bernois 30
Biel-Seeland 31
Emmental 32
Oberaargau 33
Bern-Mittelland 33
Thun 34
Oberland 35

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft 38
Obergericht 38
Verwaltungsgericht 39
Generalstaatsanwaltschaft 40

IV. Organisation / Personelles 42

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane 42
Geschäftsleitung (GL) 42
Parteivorstand (PV) 42
Grossratsfraktion 43

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2019) 44
Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch) 44
Mitglieder der Parteileitung 44
Mitglied des Parteileitungsausschusses 44

Regierungsmitglieder 44

Parteisekretariat 44

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“ 45

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern 45

Unsere Verstorbenen 46

V. Schlusswort der Geschäftsführerin 47

VI. Die Partei in Zahlen 48

I. Vorwort des Präsidenten

Im Jahr 2019 galt es erneut, die Kraft der mitglieder- und wählerstärksten Partei des Kantons bei den National- und Ständeratswahlen unter Beweis zu stellen. Die Ausgangslage unter dem medialen Klimahype war nicht einfach. Zudem verlor der Kanton Bern durch die Volkszählung wieder einen Nationalratssitz, stellt also im Bundeshaus nur noch 24 Nationalratsmitglieder.

Die Bernische SVP hat die Herausforderung angenommen und sich trotz widriger Ausgangslage das hohe Ziel gesetzt, die neun Sitze zu halten und den Ständeratssitz zurückzugewinnen. Mit einem Wähleranteil von 30.1% (-3.0%) haben wir das Wahlziel bei den Nationalratswahlen klar verfehlt und leider zwei Sitze eingebüsst. Bedauerlicherweise ist dadurch der Berner Jura in der kommenden Legislatur nicht mehr im Eidg. Parlament vertreten. Die SVP bleibt aber mit Abstand die stärkste Partei im Kanton Bern. Besonders erwähnenswert ist das sehr gute Abschneiden von Nationalrat Albert Rösti, der mit 128’252 Stimmen das schweizweit beste Resultat erzielte.

Bei den Ständeratswahlen stiegen ein Bisheriger und weitere 14 Kandidierende ins Rennen. Trotz der grünen Welle konnten wir den Ständeratssitz im 2. Wahlgang dank einer grossen Mobilisation auf dem Land für die SVP zurückgewinnen. Die erreichten 154’586 Stimmen freuen mich nicht nur als neuer Ständerat, sondern auch besonders als Parteipräsident für unsere Partei und Wählerschaft. Dieser Wahlerfolg ist ein Gemeinschaftswerk der ganzen SVP-Familie im Kanton Bern. Es war schön, die grosse Unterstützung im Wahlkampf zu spüren. Ein herzliches Dankeschön an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Mit den nationalen Wahlen bestätigte sich der Gesamteindruck, den die bernische SVP bei den Kommunalwahlen 2019 machte. In einigen Gemeinden konnte die SVP stark zulegen, in anderen haben wir beträchtlich an Wähleranteil verloren oder sind gar nicht zu den Wahlen angetreten. Hier liegt ein Kernproblem: Die flächendeckende Präsenz der SVP im ganzen Kanton ist gefährdet. Die Kantonalpartei will und muss die Sektionen stärken und unterstützen. Ich danke allen, die sich für Sektionsarbeit engagieren und/oder sogar eine Sektion neu gründen. Danke für den wichtigen Einsatz! Wir müssen selbstkritisch als Kantonalpartei über die Bücher und gemachte Fehler schonungslos aufdecken, um danach geeignete Massnahmen zu ergreifen Wir wollen gut gerüstet in die Zukunft gehen und als stärkste bürgerliche Partei mit Gleichdenkenden zusammenarbeiten und auch Listenverbindungen eingehen.

Die SVP hat eine motivierte Basis, die bereit ist, für die gemeinsamen bürgerlichen SVP-Ziele im Interesse unseres Landes und unserer Gesellschaft zu kämpfen. Das macht mich zuversichtlich. Allen, die dazu einen grossen und wichtigen Beitrag leisten, möchte ich im Namen der ganzen Geschäftsleitung herzlich danken!

Ständerat Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

II. Das Jahr 2019 in der Rückblende

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

10. Februar 2019

Eidgenössisch

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	737’241	1’291’513	36.3	63.7
Kanton Bern	96’635	179’734	35.0	65.0

Stimmbeteiligung: 37.9% (CH), 37.8% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN **Volksentscheid: NEIN**

Kantonal

Änderung des Kantonalen Energiegesetzes

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	136’232	139’428	49.4	50.6

Stimmbeteiligung: 37.9%

Parole SVP Kanton Bern: NEIN **Volksentscheid: NEIN**

Polizeigesetz

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	209’383	64’555	76.4	23.6

Stimmbeteiligung: 37.9%

Parole SVP Kanton Bern: JA **Volksentscheid: JA**

19. Mai 2019

Eidgenössisch

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1’541’147	780’457	66.4	33.6
Kanton Bern	190’567	125’176	60.4	39.6

Stimmbeteiligung: 43.7% (CH), 43.8% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA **Volksentscheid: JA**

Bundesbeschluss betreffend die geänderte EU-Waffenrichtlinie

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1’501’880	854’274	63.7	36.3
Kanton Bern	196’769	124’207	61.3	38.7

Stimmbeteiligung: 43.9% (CH), 43.8% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN **Volksentscheid: JA**

Kantonal

Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Vorlage des Grossen Rates	142’774	158’369	47.4	52.6
Volksvorschlag	129'347	164’951	44.0	56.0

Stichfrage
Vorlage des Grossen Rates: 144’125 / 49.4%
Volksvorschlag: 147’443 / 50.6%
Ohne Antwort: 16’929

Stimmbeteiligung: 42.3%

Parole SVP Kanton Bern:
Vorlage GR**: JA**
Volksvorschlag: **NEIN**
Stichfrage: **Vorlage GR**

Volksentscheid:
Vorlage GR: **NEIN**
Volksvorschlag: **NEIN**
Stichfrage: **Volksvorschlag**

Co-Wahlleiter Reto Jakob scheut keine Mühen, um die Kandidierenden auf den nationalen Wahlkampf einzuschwören

Aus der Grossratsfraktion

Wie zu erwarten war, prägten die eidgenössischen Wahlen auch den Ratsbetrieb im kantonalen Parlament: 80 Mitglieder des Grossen Rates (und eine Regierungsrätin) kandidierten, was natürlich auch Auswirkungen auf die Anzahl Vorstösse und Voten hatte. Drei schafften schliesslich den Wechsel in die grosse Kammer, darunter erfreulicherweise auch unser Fraktionsmitglied Lars Guggisberg. Aufgrund der Wahlen wurde auch mehr als sonst über Themen beraten, die eigentlich auf eidgenössischer Ebene behandelt werden sollten. An erster Stelle gilt dies für das Klima, das vor den Wahlen in keiner Session auf der Traktandenliste fehlen durfte. Zu hoffen ist, dass nach dem Wahljahr nun auch andere Themen wieder die Aufmerksamkeit erfahren, die ihnen zusteht. Erste Anzeichen lassen dies vermuten, denn in der Wintersession war das Klima sowohl bei den Beratungen wie auch bei den eingereichten Vorstössen bereits stark in den Hintergrund gerückt.

Frühlingssession

Die Frühlingssession war die letzte Session unter der Leitung von Grossratspräsident Jürg Iseli. Er hatte sein Präsidialjahr mit Bravour gemeistert und gezeigt, dass auch bei einem effizienten Parlamentsbetrieb alle zu Wort kommen, die dies verlangen. So musste schliesslich am Ende seiner Amtszeit nur gerade ein Vorstoss in die nächste Session verschoben werden – und dies auch nur deshalb, weil sonst der Grosse Rat wegen eines einzigen Vorstosses nochmals für eine Sitzung hätte tagen müssen. Das ist doch ein ziemlich grosser Unterschied zum Vorjahr, in welchem sogar eine zusätzliche Session eingeschoben werden musste.

Personelles

Antonie Meyes Schürch wurde zur Obergerichts-Suppleantin gewählt.
Martin Blatter wurde zum Regionalrichter gewählt.
Caroline Eichenberger-Wehren wurde zur Regionalrichterin gewählt.

Verhandlungen

Am meisten Wirbel dürfte der Objektkredit für den Transitplatz Wileroltigen verursacht haben, der schliesslich angenommen wurde. Eine knappe Minderheit der SVP lehnte ihn ab, bei den Befürwortern der SVP überwog das Argument, dass dadurch unerwünschte Emissionen auf dem Kulturland vermieden werden sollten. Ebenfalls kontrovers diskutiert wurde, ob der Grosse Rat eine «Erklärung zur Klimapolitik» traktandieren sollte. Gegen den Willen der SVP- und der

EDU-Fraktion wurde der entsprechende Ordnungsantrag angenommen. Weiter wurde die Forderung nach einem Masterplan «Dekarbonisierung» angenommen und nicht abgeschrieben, was ebenfalls nicht dem Willen der SVP entsprach. Dasselbe gilt für die Forderung, dass bei zu erstellenden Parkplätzen die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeugen vorgeschrieben werden kann. Immerhin wurde die Forderung abgelehnt, dass zwingend Parkplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge reserviert werden müssen. Gegen den Willen der SVP muss zudem die Motorfahrzeugsteuer dahingehend revidiert werden, dass schwere und Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoss stärker belastet werden und dass die Höhe der Motorfahrzeugsteuer insgesamt erhöht wird. Immerhin konnte eine «verursachergerechte» Besteuerung, gemessen an der Anzahl zurückgelegter Kilometer, verhindert werden. Die SVP wird die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern weiterhin bekämpfen.
Einigen Gesprächsstoff ergaben die Richtlinien der Regierungspolitik; die meisten Entscheide fielen im Sinne der SVP aus. Dies gilt nicht für das Wasserversorgungsgesetz, welches zu Nachteilen für kleine Wasserversorgungen führt. Leider abgelehnt wurde eine gewandelte Motion aus den Reihen der SVP, die verlangte, dass die Fraktionssekretariate und Grossratsmitglieder wieder Einblick in die Kommissionsprotokolle erhalten, wie dies vor der Parlamentsrechtsrevision der Fall war. Im Hinblick auf die Transparenz und die Geschäftsvorbereitung wurde hier eine Chance vertan. Ebenfalls gegen den Willen der SVP wurde eine Motion abgelehnt, die ausseramtliche Wahlzettel wieder zulassen wollte und die forderte, dass im Falle von mehrfach eingelegten Wahlzetteln und klarem Wählerwillen die Stimmabgabe gültig ist, wenn sie von derselben Partei stammen (z.B. Frauen- und Männerliste). Weiter muss der Einsatz von Steuerdetektiven geprüft werden; die SVP hatte dieses Misstrauensvotum gegenüber den Steuerzahlern abgelehnt. Angenommen wurde hingegen eine Motion aus den Reihen der SVP, die mittels Abbaus administrativer Hürden Start-Ups fördern will. Die Entscheide zum Personalgesetz und zum Berufsbildungsgesetz, jeweils 2. Lesung, fielen ebenfalls im Sinne der SVP aus. Schliesslich konnte die Forderung abgelehnt werden, dass der Regierungsrat mit der Stadt Bern und mit dem VBS Verhandlungen für eine Asylunterkunft in der Stadtberner Kaserne aufnehmen muss.

Sommersession

Personelles

Bei den Richterwahlen standen keine SVP-Kandidierenden zur Wahl. Die Wahlen fielen aber im Sinne der SVP aus, insbesondere weil verhindert werden konnte, dass eine Parteilose zur Regionalrichterin gewählt wurde.

Verhandlungen

Die Entscheide zur Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik entsprachen nicht dem Willen der SVP: Sämtliche sachlich richtigen SVP-Anträge wurden abgelehnt, sodass die SVP der Erklärung nicht zustimmen konnte. Gegen den Willen der SVP soll zudem der Klimaschutz als vordringliche Aufgabe in der Kantonsverfassung verankert werden. Immerhin wurde aber die Ausrufung des

Klimanotstands abgelehnt. Auch konnte – bei der Behandlung des Berichts zur Umsetzung der Direktionsreform – ein Rückweisungsantrag der Grünen abgelehnt werden, der eine Energie-, Klima- und Umweltdirektion verlangt hatte. Auch die übrigen Entscheide zu diesem Bericht entsprachen mehrheitlich dem Willen der SVP. Dasselbe gilt für das Organisationsgesetz, das im Zusammenhang mit der Direktionsreform angepasst wurde.
Im Sinne einer pragmatischen Lösung angenommen wurde das Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg. Die meisten Entscheide zum Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz fielen ebenfalls im Sinne der SVP aus, mit Ausnahme der Regelungen betreffend Bewilligungen zur Erwerbstätigkeit sowie von Härtefällen. Insgesamt wurden etliche, von links-grüner Seite geforderte Lockerungen für die rechtskräftig abgewiesenen Asylbewerber abgelehnt. So konnte etwa verhindert werden, dass eine Unterbringung nur noch oberirdisch erfolgen darf oder dass die Unterstützung in der Form von Geld- anstatt von Sachleistungen geleistet wird. Auch das Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich fiel im Sinne der SVP aus, sodass dem Grundsatz «Fördern und Fordern» Beachtung geschenkt wird.
In zweiter Lesung wurde das Wasserversorgungsgesetz beraten; dank einer Härtefallregelung konnte ihm schliesslich auch die SVP zustimmen. Zu einigen Diskussionen führte der geplante Westast Biel, die entsprechenden Vorstösse wurden im Sinne der SVP beraten. Ebenfalls wunschgemäss wurde eine Finanzmotion zur Erhöhung der Nettionvestitionen angenommen. Auch wurden zwei Vorstösse angenommen, die verlangten, dass der Regierungsrat auf die Kürzung der Mindestausstattung für Gemeinden verzichten solle. Der Bericht über die Zukunft der Gemeindelandschaft wurde nicht von allen Fraktionsmitgliedern unterstützt. Grund dafür war, dass drei SVP-Planungserklärungen abgelehnt wurden, welche die Aktivitäten im Bereich Gemeindefusionen etwas zügeln wollten. Im Sinne der SVP abgelehnt wurde eine Forderung aus linksgrünen Kreisen zum Stopp der Versuche mit Gummischrotwerfern. Die Vorstösser mussten daran erinnert werden, dass solche Werfer nur eingesetzt werden, wenn Polizisten massiv durch Steine, Flaschen, Feuerwerk etc. angegriffen werden. Ebenfalls im Sinne der SVP abgelehnt wurde schliesslich die Forderung, dass die Beglaubigung der Unterschriften für Referenden und Initiativen zentral durch die Staatskanzlei vorgenommen wird und nicht mehr durch das Komitee. Zum einen wäre dadurch die Bürokratie grösser geworden, zum andern die Kontrollen des Unterschriftenstands verunmöglicht worden.

Herbstsession

Der Legislaturausflug führte den Grossen Rat in den Nachbarkanton Aargau, konkret zum Forschungsinstitut für biologischen Landbau, in die Stadt Aarau und auf die Lenzburg.

Verhandlungen

Das wohl kontroverseste Thema war das Gesetz über den Fonds zur Finanzierung von strategischen Investitionsvorhaben FFsIG. Im Sinne der SVP konnte Nichteintreten beschlossen werden. Dies geschah gegen den Widerstand der

Finanzdirektorin, die vor der Debatte unter anderem argumentiert hatte, ohne Fonds würden Gelder für die Realisierung des Bildungscampus Burgdorf fehlen. Umso erstaunlicher ist, dass die ebenfalls besprochene Jahresrechnung die tiefsten Innovationsstand seit zehn Jahren aufweist.
Leider nicht abgeschrieben wurde eine Standesinitiative zur Einführung einer Flugticketabgabe. Gegen den Willen der SVP wurde eine Forderung der BDP angenommen, die denjenigen Hausbesitzern einen Umweltbeitrag auferlegt, welche ihre Ölheizung durch eine Ölheizung ersetzen. Weiter müssen Massnahmen zur Umsetzung der Energiestrategie vorgelegt werden mit Schwergewicht auf die CO_2-Reduktion beim Privat- und Flugverkehr sowie im Gebäudebereich.
Die Entscheide zu den Vorstössen betreffend die vieldiskutierten Saläre der BKW-Spitze entsprachen dem Willen der SVP. Wie leider zu erwarten war, wurde aber die SVP-Fraktionsmotion abgelehnt, die den Regierungsrat beauftragt hätte, sich bei Bundesrat und -parlament gegen das EU-Rahmenabkommen einzusetzen. Gegen den Willen der SVP abgelehnt wurde auch die Forderung, der Regierungsrat müsse sich dafür einsetzen, dass die neuen EU-Regelungen betreffend Arbeitslosenunterstützung für Grenzgänger in der Schweiz keine Anwendung finden. Immerhin ebenfalls verworfen wurden zwei SP-Vorstösse, die eine 50%-Frauenquote auf Wahllisten verlangten bzw. einen Feiertag für Frauen am 8. März. Dasselbe gilt für eine SP-Motion, die die Einführung einer Elternzeit auf kantonaler Ebene verlangte. Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung nach Gleichstellungscontrolling, Lohnkontrolle und angemessener Vertretung von Frauen in leitenden Positionen der Berner Spitäler. Drei Motionen beschäftigten sich mit den 5G-Antennen. Im Sinne der SVP angenommen wurde die Forderung nach einem Selbstbehalt für die Gemeinden bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe, sodass die Gemeinden Anreize haben für eine schnellere Wiedereingliederung ihrer Klienten. Aufgrund eines Vorstosses aus den Reihen der SVP muss der Regierungsrat darlegen, welche Auswirkungen eine Aufspaltung der BKW in einen staatlich beherrschten Teil für versorgungsnotwendige Infrastruktur und einen privatisierten Teil hätte. Leider abgelehnt wurde ein Vorstoss aus den Reihen der SVP, der verlangte, dass die tatsächlich bezahlten obligatorischen Krankenkassenprämien bei den Steuern abgezogen werden können. Gegen den Willen der SVP angenommen wurde eine Standesinitiative für den Finanzdatenaustausch im Inland. Grösstenteils im Sinne der SVP verlief die Beratung des Masterplans zur Justizvollzugsstrategie. Dasselbe gilt für das Dekret über die Aufgaben der Direktionen und der Staatskanzlei und die Direktionsbezeichnungen. Die meisten Entscheide zur zweiten Lesung des Baugesetzes fielen im Sinne der SVP aus, die SVP-Anträge für einen Freibetrag beim Mehrwert und eine Obergrenze der Mehrwertabgabe wurden indes abgelehnt. Angenommen wurde ein Vorstoss, wonach die Kommission zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder nicht mehr beigezogen werden kann, wenn vorher ein anerkanntes qualitätssicherndes Verfahren stattgefunden hat.

Wintersession

Aufgrund der hohen Geschäftslast dauerte die Novembersession drei Tage länger als üblich.

Personelles

Die Fraktion musste Abschied nehmen von Jürg Iseli und Lars Guggisberg, die beide per Ende Jahr aus dem Grossen Rat zurücktreten. Zudem erhielt sie zum letzten Mal Besuch von Adrian Amstutz, der bislang über Aktuelles auf Bundesebene informiert hatte. Künftig wird Werner Salzmann diesen Part übernehmen.
Iwo Schwegler ist neuer Präsident des Verwaltungsgerichts. Er tritt die Nachfolge von Thomas Müller an, der an das Bundesgericht gewählt worden ist.

Verhandlungen

Wie immer in der Wintersession standen die Finanzen auf dem Programm, und zwar gab es nebst dem Budget auch noch das Steuergesetz in erster Lesung zu beraten. Die Entscheide in der Budgetdebatte fielen im Sinne der SVP aus. Mit wenigen Ausnahmen gilt dies auch für das Steuergesetz, sodass etwa Versuche zur Anhebung der Motorfahrzeugsteuer abgelehnt werden konnten. Leider gelang es in dieser ersten Lesung aber nicht, die massive Erhöhung des Drittbetreuungsabzugs zu verhindern.
Ein vieldiskutiertes Geschäft war der Bericht zur Medienförderung im Kanton Bern. Die Bilanz fiel aus SVP-Sicht durchzogen aus, da einige Entscheide nicht dem Willen der SVP entsprachen. Immerhin konnten Forderungen nach einer staatlich alimentierten Stiftung zur Medienförderung und nach Massnahmen zur Medienausbildungsförderung abgelehnt werden. Ebenfalls ausführlich besprochen wurde die Strategie Digitale Verwaltung. Die meisten Entscheide fielen im Sinne der SVP aus, insbesondere wurden zwei SVP-Planungserklärungen angenommen. Die eine verlangt, dass die Digitalisierung nicht dazu führen darf, dass der Zugang zur Verwaltung über die traditionellen Kanäle, Zahlungen via Einzahlungsschein etc. schwieriger werden.
Die Entscheide zum Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich, 2. Lesung, entsprachen vollumfänglich dem Willen der SVP. Die Versuche der linken Seite, das Gesetz in ihrem Sinne gegenüber der ersten Lesung zu «korrigieren», blieben erfolglos. Ebenfalls zweiter Lesung beraten wurde das Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz. Gegen den Willen der SVP wurde beschlossen, dass beim Bund jeweils Härtefallgesuche für Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid gestellt werden müssen, damit dies ein bestehendes Lehrverhältnis abschliessen können. Zudem wurde sogar ein Postulat angenommen und nicht abgeschrieben das verlangt, dass Arbeitsbewilligungen von abgewiesenen Asylsuchenden auf Wunsch des Arbeitgebers verlängert werden bis zum Zeitpunkt ihrer tatsächlichen Ausreise.
Vielbeachtet war die Beratung der Motion aus den Reihen der SVP, die richtigerweise neue Modalitäten für eine allfällige Wiederholung der Moutier-Abstimmung verlangt. Sie wurde im Sinne der SVP nicht abgeschrieben. In zweiter Lesung wurde das Bergregalgesetz beraten und verabschiedet. Das Feuerschutz- und Feuerwehrgesetz wurde in erster und einziger Lesung verabschiedet, die Beschlüsse fielen im Sinne der SVP aus. Ein Kredit im Zusammenhang mit der Umsetzung der Direktionsreform wurde angenommen, sodass dieses Projekt abgeschlossen werden kann. Dank eines SVP-Antrags muss sowohl beim Bildungscampus Burgdorf wie auch bei der Sanierung und Erweite-

rung des Gymnasiums Thun nach Möglichkeit Schweizer Holz verwendet werden. Gegen den Willen der SVP wurde ein Vorstoss angenommen, der den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide einschränken und auf Bundesebene sogar eine Lenkungsabgabe auf Pestizide einführen will. Nicht abgeschrieben wurde ein Vorstoss aus den Reihen der SVP, der keine Zwischennutzungsverträge mit Personen, Gruppen und Organisationen will, die sich in der Vergangenheit nicht an Zwischennutzungsverträge oder Abmachungen gehalten haben. Behandelt wurde ein Vorstoss aus den Reihen der SVP zu den Verkehrsproblemen am rechten Thunerseeufer und beim Nadelöhr am Lauitorkreisel. Man kam immerhin einen Schritt weiter, da nun Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation geprüft werden.
Dank eines – von links-grüner Seite abgelehnten – SVP-Vorstosses muss der Regierungsrat Massnahmen ergreifen, damit die politische Neutralität der Volksschule wieder gewährleistet ist. Insbesondere darf kein Schüler im Rahmen des obligatorischen Unterrichts zur Teilnahme an einer politischen Kundgebung gezwungen werden und wird es den Schulen untersagt, politische Propaganda aufzuhängen. Der Vorstoss war eingereicht worden nach entsprechenden Vorkommnissen im Zusammenhang mit den Klima-Demos.
Eine Motion zur Sicherung des Bildungscampus Burgdorf wurde angenommen. Sie war eingeleitet worden aufgrund der Äusserungen der Finanzdirektorin vor der Debatte des FFsIG (s.o.). Die Entscheide zum Projektierungskredit für das Forschungs- und Ausbildungszentrum Medizin sowie zu einem Bericht über die bauliche Entwicklung des Inselareals und der medizinischen Fakultät fielen im Sinne der SVP aus. Weiter muss der Regierungsrat eine Gesetzesänderung vorlegen, sodass der Ladenschluss am Samstag erst um 18.00 Uhr erfolgen muss und dass neu vier statt zwei Sonntagsverkäufe pro Jahr möglich sind. Abgelehnt wurde hingegen die Forderung, dass für öffentliche Gastgewerbe mit höchstens 30 Sitzplätzen und solche, die höchstens 100 Tage im Jahr geöffnet sind, kein gastgewerblicher Fähigkeitsausweis nötig ist. Abgelehnt werden konnte ein neuer Sozialbericht zur Bekämpfung der Armut. Auch müssen Institutionen im Sozialbereich, die im Auftrag des Kantons Aufgaben erfüllen, die Löhne nicht regelmässig auf die Einhaltung der Lohngleichheit überprüfen. Die Entscheide zum Notariatsgesetz entsprachen dem Willen der SVP. Der Regierungsrat hatte die Vorlage gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf stark und im Sinne der SVP überarbeitet. Im Sinne der SVP soll der Sachplan Biodiversität nicht weiterverfolgt und umgesetzt werden und müssen neue Wildschutzgebiete mit den betroffenen Gemeinden abgesprochen werden. Schliesslich konnte die Einrichtung einer Polizei-Ombudsstelle abgelehnt werden – eine Forderung, die seit 2001 in jeder Legislatur gestellt wird.

Madeleine Amstutz, Grossrätin und Fraktionspräsidentin, Sigriswil

Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten

Auf den folgenden Seiten finden Sie kurze Zusammenfassung der Vernehmlassungsantworten der SVP Kanton Bern von 2019. Die ausführlichen Vernehmlassungsantworten im Wortlaut finden Sie online unter www.svp-bern.ch.

Änderung Baugesetz (BauG): Umsetzung von zwei Motionen zur Mehrwertabschöpfung (25.01.2019; JGK)

Die SVP fordert, dass den Gemeinden betreffend Mehrwertabschöpfung die grösstmögliche Freiheit eingeräumt wird. Als sinnvoll wird erachtet, dass bei Aufzonungen keine Freigrenze festgelegt wird. Gefordert wird aber, dass der Artikel betreffend Mehrwertabschöpfung bei Um- und Aufzonungen gestrichen wird oder dass die Mehrwertabgabe zumindest statt mindestens 20 Prozent höchstens 40 Prozent des Mehrwerts beträgt. Als sachgerecht beurteilt die SVP die Regelungen betreffend Fälligkeit der Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen sowie die Verfahrensanpassungen betreffend Verfügung.

Änderung des Gesetzes über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG) (08.02.2019; FIN)

Den Änderungen wird grundsätzlich zugestimmt, aber Sofortabschreibungen sollten auch für die Gemeinden wieder möglich werden, damit die mit HRM2 einhergehende Schönung der Bilanzen durch die Bewertung der Investitionen verhindert werden kann. Wiederholt wird die Forderung, den Nutzen der Anlehnung an IPSAS sowie die Folgen einer möglichen Abkehr davon zu prüfen. Kritisch werden die Änderungen betreffend PPP-Finanzierungen beurteilt.

Gesetz über den Fonds zur Finanzierung von strategischen Investitionsvorhaben (FFsIG) (08.02.2019; FIN)

Die SVP steht dem geplanten FFsiG kritisch gegenüber und hält fest, dass die Fondslösung in der vorgeschlagenen Form nicht in Frage kommt. Gegen die Fonds-Lösung spricht unter anderem, dass dieser im Widerspruch steht zu den Grundsätzen öffentlicher Rechnungslegung. Zudem würde die Gefahr einer Umgehung der verfassungsmässigen Schuldenbremse bestehen. Die SVP wäre bereit, ihre kritische Haltung zu überdenken, wenn es dem Regierungsrat gelingen sollte, die Schaffung einer Fondslösung mit einer glaubwürdigen Verminderung der Steuerbelastung zu verbinden. Als weitere Möglichkeit wird eine Modifikation der bestehenden Schuldenbremsen, sprich eine Abkehr vom Jährlichkeitsprinzip, genannt.

Normalarbeitsvertrag 24-Stunden-Betreuung (26.04.2019; VOL)

Unter Verweis auf die Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände verzichtet die SVP darauf, eine eigene Stellungnahme einzureichen.

Teilrevision des Notariatsgesetzes (NG) (17.04.2019; JGK)

Die SVP lehnt den vorgeschlagenen radikalen Wechsel des Gebührensystems ab, der weit über die Vorstösse hinausgehen würde, die der Grosse Rat über-

wiesen hat. Ebenfalls abgelehnt wird, dass die Notare künftig im Bereich der Liegenschaftsvermittlung tätig sein können sollen. Grundsätzlich offen ist die SVP hingegen für die Schaffung einer Notariats-AG bzw. -GmbH, solange die Wahrnehmung des Notariats als unabhängiger und neutraler Berufsstand nicht infrage gestellt wird. Ebenfalls werden Anpassungen der Vorschriften zur Revidierung von Notariaten begrüsst

Kantonales Geldspielgesetz (KGSG) (21.05.2019; POM)

Der Gesetzesentwurf wird grundsätzlich unterstützt, insbesondere, dass alle Spiele ausser den Lotterien (also Tombola, Glücksrad etc.) bewilligungsfrei bleiben. Als zu hoch erachtet wird hingegen der Anteil der Lotteriegelder, die für den Bereich Kultur verwendet werden sollen. Er sollte nicht höher sein als die Mittel zur Unterstützung des Sports. Bei der Mittelverwendung für Katastrophenhilfe, humanitäre Hilfe und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit fordert die SVP, dass die Gelder im Raum Schweiz verwendet werden.

Änderung der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAV) (17.05.2019; FIN)

Die SVP lehnt die vorgeschlagene Änderung, sprich die Kürzung der Mindestausstattung der Gemeinden, dezidiert ab. Die Kürzung würde das anvisierte Ziel – die Förderung von Gemeindefusionen – nicht erreichen, da der Nachweis fehlt, dass für betroffene Gemeinden überhaupt eine geeignete Fusionspartnerin vorhanden wäre. Auch können Fusionen nur funktionieren, wenn sie freiwillig erfolgen. Druckversuche mit einer Kürzung der Mindestausstattung wären hingegen kontraproduktiv.

Änderung der Kantonsverfassung (KV) und des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft (GSOG). Justizverfassung und Massnahmen aus der Evaluation der Justizreform (21.06.2019; JGK)

Kernpunkt ist die Verfassungsrevision, welche die Justizleitung und deren Kompetenzen auf Verfassungsstufe verankern will. Da Zweifel daran bestehen, ob das heutige System mit der Justizleitung verfassungskonform ist, schlägt die SVP vor, durch ein Gutachten der Justizkommission die Verfassungsmässigkeit zu prüfen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wahrung richterlicher Unabhängigkeit. Wenn das Gutachten ergibt, dass keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Justizleitung bestehen, dann unterstützt die SVP deren vorgeschlagene Verankerung in der Verfassung. Aus mehreren Gründen lehnt die SVP sodann die Schaffung eines einzigen kantonalen Zwangsmassnahmengerichts ab. Auch die Möglichkeit eines Stellenwechsels erstinstanzlicher Richter während laufender Amtsperiode an ein anderes Gericht wird abgelehnt, da der Grosse Rat die Richter im Hinblick auf eine bestimmte Funktion wählt. Begrüsst wird hingegen die Schaffung von Assistenzstaats- und -jugendstaatsanwälten, wobei diese künftig nicht selbständig Strafbefehle erlassen können sollten. Entschieden abgelehnt wird schliesslich, dass an den Fachrichtern in arbeitsrechtlichen Verfahren festgehalten werden soll.

Steuergesetzrevision 2021 (21.06.2019; FIN)

Die SVP begrüsst die Stossrichtung grundsätzlich, denn es ist höchste Zeit für eine steuerliche Entlastung des Mittelstands. Ebenfalls zugestimmt wird der Nutzung des Handlungsspielraums bei den Ersatzmassnahmen zur «STAF», da dies den Weg ebnet, um den Kanton im Bereich der Unternehmensbesteuerung einen ersten Schritt voranzubringen. Die SVP ist zudem einverstanden damit, dass den Gemeinden zusätzlicher finanzpolitischer Spielraum verschafft wird, indem diese künftig für juristische Personen eine separate Steueranlage vorsehen können. Die SVP betont aber auch, dass weitere Schritte folgen müssen, und macht Bemerkungen zu einzelnen Artikeln.

Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG) (05.08.2019; VOL)

Die SVP unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen, sprich die Umsetzung der Motion betreffend einen besseren Jugendschutz bei E-Zigaretten und die moderate Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten.

Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG (BFBG) (19.08.2019, VOL)

Die SVP erachtet den Flughafen Bern als einen wichtigen Standortfaktor für Gewerbe, Wirtschaft und Tourismus. Er kann sich deshalb eine gezielte Weiterbeteiligung im Rahmen einer Erweiterung des Aktionariats vorstellen, und ist mit dem vorgeschlagenen Gesetz einverstanden.

Förder- und Schutzgesetz, FSG – Gesetz über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (27.08.2019; JGK)

Die SVP begrüsst im Sinne des Kindeswohls die Zielsetzungen des Gesetzes, das die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Förder- und Schutzleistungen für Kinder bezweckt. Insbesondere wird der Vereinfachung der Abläufe, der Entschädigung durch Leistungsverträge und der Transparenz für alle Betroffenen zugestimmt. Allerdings muss die Familie auch in Zukunft ihre Rolle spielen und braucht deshalb möglichst wenige Eingriffe des Staates. Eine Verstaatlichung von Familien wird abgelehnt, weshalb die Entscheidungsträger möglichst restriktiv sein sollten bei der Leistungszuweisung und der Angebots- und Kostenplanung.

Sachplan Veloverkehr: Anpassung 2019 (11.10.2019; BVE)

Die SVP erinnert an ihre Äusserung zum Sachplan 2014, wonach Investitionen in den Bereich Veloverkehr zum Wunschbedarf gehören und kein Notstand besteht, die Entflechtung weitreichend auszubauen. Einem Aus- oder Umbau von Kantonsstrassen zugunsten des Langsamverkehrs steht die SVP nicht nur aus finanziellen Überlegungen kritisch gegenüber, sondern auch, weil solche Aus- und Umbauten meist zu Ungunsten des MIV ausgehen und ein Kulturlandverlust zu befürchten ist. Nicht einverstanden ist die SVP zudem mit den Empfehlungen, Verkehrsberuhigungen und einseitige Vortrittsberechtigungen zugunsten des Veloverkehrs vorzusehen.

Volksschulgesetz (VSG) (02.12.2019; ERZ)

Die SVP begrüsst im Wesentlichen die vorgeschlagene Neuregelung der Sonderschulbildung, namentlich die Verlagerung von der GEF in die ERZ. Sie regt aber auch einige Änderungen an, die nicht mit der Reform zusammenhängen, sprich eine Wahlmöglichkeit für die Schulen betreffend Lehrmittel und mehr Einfluss für den Grossen Rat bei der Einführung neuer Lehrpläne. Zu einzelnen Artikeln hat die SVP Bemerkungen. So wird etwa der neue Artikel betreffend ergänzendes Volksschulangebot abgelehnt, sprich die Betreuung während der Ferienzeit und der Umfang der Tagesschulen.

Die SVP in den Gemeinden

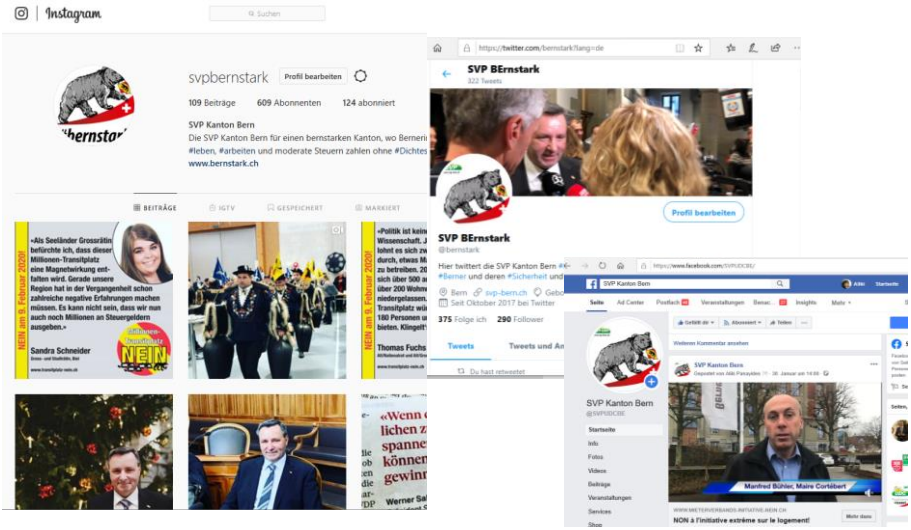
Die von Geschäftsführerin und Gemeinderätin Aliki Panayides ins Leben gerufene Exekutivtagung der SVP-Gemeindepräsidien und -Gemeinderatsmitglieder fand 2019 bereits zum 5. Mal statt. Der zweijährige Rhythmus hat sich bewährt.
Das diesjährige Treffen befasste sich mit dem Thema Finanzausgleich – fair, falsch oder gar fake – und wurde im regionalen Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland in Köniz durchgeführt. Wie immer waren auch die SVP-Regierungsräte vor Ort und erläuterten aktuelle Dossiers. Der gesellige Ausklang beim gemeinsamen Mittagessen trägt mit zur Beliebtheit der Plattform bei, da hier weitere Probleme in der täglichen Arbeit als SVP-Gemeinderatsmitglied diskutiert werden können.

Die SVP im Netz

2018 hatte sich die SVP Kanton Bern bekanntlich der Online-Lösung der SVP Schweiz angeschlossen. Deren Plakatsujets, Unterschriftensammlungen und Medienmitteilungen können somit ohne Umwege direkt auf der Homepage der Kantonalpartei aufgeschaltet werden und das Backend ist stets auf dem aktuellsten technischen Stand. Eigentlich wäre angedacht gewesen, 2019 auch die Sektionshomepages direkt ins System einzubinden, sodass Termine der angeschlossenen Sektionshomepages automatisch auf der Homepage der Kantonalpartei erschienen wären. Leider wurde dieser Teil des Projekts vonseiten der Anbieterfirma und der SVP Schweiz nicht realisiert. Grund dafür ist, dass bei

den übrigen Kantonalparteien diesbezüglich kein Bedarf herrscht, da die meisten ihre Sektionen direkt als Unterseite auf der Kantonalhomepage publizieren und ihnen somit nur einen eingeschränkten eigenen Internet-Auftritt ermöglichen. Dies mag für kleinere Kantonalparteien eine Option sein, nicht aber für die SVP Kanton Bern mit ihren über 220 Sektionen und 9 Wahlkreisen. Es konnte indes erreicht werden, dass den Wahlkreisen und Sektionen dennoch eine Lösung zur Verfügung steht, von welcher bereits etliche Sektionen Gebrauch machen. Bei der Umstellung auf das neue System und bei technischen Fragen werden sie vom Praktikanten Angelo Andres unterstützt, der jeweils am Donnerstagvormittag und Freitagnachmittag im Parteisekretariat kontaktiert werden kann. An dieser Stelle darf nicht unterlassen werden, Luis Jucker für seine langjährige Arbeit zu danken. Luis Jucker hatte ab 2006 Masterweb, die Homepage-Lösung für die SVP Kanton Bern und ihre Sektionen, entwickelt und betreut. Er erledigt zudem jeweils unkompliziert das technisch Notwendige, wenn eine Sektion von Masterweb zur neuen Lösung wechselt, was auch von den Sektionen sehr geschätzt wird.
Die direkte, zeitnahe Kommunikation von Aktualitäten geschah auch 2019 schwerpunktmässig in den sozialen Medien Facebook, Twitter und Instagram. Aus den Delegiertenversammlungen werden Videos direkt auf den Facebook-Kanal der SVP Kanton Bern gestreamt. Die Videos der Grossratsfraktionsmitglieder zu zentralen Themen der Sessionen werden ebenfalls auf Facebook publiziert. Die Anzahl «Gefällt-mir»-Angaben der Facebook-Seite der Berner SVP www.facebook.com/-SVPUDCKantonBern/ stieg auf bereits hohem Niveau noch einmal und steht neu bei 3324 (+378). Die SP folgt mit deutlichem Abstand auf Rang zwei mit 2216 Likes (+409), an dritter Stelle stehen die Grünen (1341, +323), gefolgt von der FDP (1058, +60), der glp (648, +148) und der BDP (530, +96).

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Zuständiger Web



III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art. 29. Die Geschäftsleitung tagte 2019 fünf Mal. Neben den ordentlichen Aufgaben seien insbesondere folgende Themen genannt, mit denen sich die Geschäftsleitung beschäftigte: Jahresziele 2019; Abstimmungskämpfe zum kantonalen Sozialhilfegesetz und zur EU-Waffenrichtlinie; Vorbereitung eidg. Wahlen; Anpassung der Statuten betreffend Amtszeitbeschränkung; Situation in den Sektionen; Homepage-Lösung.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art. 27, zu. 2019 tagte der Parteivorstand an vier Sitzungen. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden insbesondere folgende Geschäfte behandelt: Abstimmungskämpfe (s.o.); Vorbereitung eidg. Wahlen; Anpassung der Statuten (s.o.); Unterstützung des Referendums gegen den Transitplatz Wileroltigen.

Delegiertenversammlungen

14. Januar 2019 – Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

Nationales Wahljahr 2019 – für eine unabhängige Schweiz und eine starke Marke #BE einstehen

- Ergänzung der Statuten Art. 39 Abs. 3 (neu)
- Nomination 2 Nationalratskandidierende
- Nomination Ständeratskandidat

Kant. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Änderung des kantonalen Energiegesetzes
- Polizeigesetz

Eidg. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:

- Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»

10. April 2019 – Delegiertenversammlung Hotel Weisses Kreuz, Lyss

National- und Ständeratswahlen 2019

- Nomination letzter Listenplatz
- Engagement der Jungen SVP (Nils Fiechter und Adrian Spahr, Co-Präsidenten JSVP BE; Markus Horst, Wahlleiter JSVP BE)

Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:

- Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung

- Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie

Jahresbericht 2018
Finanzen
- Jahresrechnung
- Budget

19. September 2019 – Delegiertenversammlung Lötschbergzentrum, Spiez
Der Ständeratskandidat im Kreuzverhör der Kandidatinnen
Nationalratswahlen – Vorgehen und Beschluss Listengestaltung
Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung
- Objektkredit für die Planung, Projektierung und Realisierung eines Transitplatzes in Wileroltigen

Mit Entschlossenheit für die Schweiz (Adrian Amstutz, Wahlkampfleiter SVP CH)

30. Oktober 2019 – Delegiertenversammlung Saalbau Kirchberg, Kirchberg
Nomination Nationalratskandidierende
Eidgenössische Wahlen 2019
- Erste Analyse
- 2. Wahlgang SRW 2019

Verdankung und Verabschiedung Adrian Amstutz und Manfred Bühler
Was bedeutet das Rahmenabkommen für die Schweiz? (Albert Rösti, Parteipräsident SVP CH)

Feierliche Verabschiedung von Adrian Amstutz
an der Delegiertenversammlung in Kirchberg

Fachkommissionen

Finanzkommission (FiKo)

Im Jahre 2019 tagte die Kommission wiederum an vier ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session. Dabei wurden jeweils insbesondere die finanziell relevanten Sessionsgeschäfte vorbesprochen.

Die SVP setzte sich dafür ein, dass der Kanton seine Aufgaben effizient und wirtschaftlich erfüllt, und dass der Kanton auch die notwendigen Investitionen tätigen kann. Die SVP ist aber nicht bereit, dafür die in der Kantonsverfassung verankerte Schuldenbremse zu verletzen. Aus diesem Grund wehrte sie sich erfolgreich gegen die Schaffung eines **Fonds zur Finanzierung von strategischen Investitionsvorhaben**. Obwohl der Regierungsrat einen derartigen Fonds lange als einzige Möglichkeit für die Bewältigung der kommenden Investitionsspitze darstellte, lehnte auch dank der Überzeugungsarbeit der SVP schliesslich eine deutliche Mehrheit von 85 zu 66 Stimmen den geplanten Fonds ab. Die SVP hat schon früh Alternativvorschläge zum verfassungswidrigen Fonds eingebracht und wird sich auch künftig für eine Finanzpolitik einsetzen, welche notwendige Investitionen ermöglicht, ohne das finanzielle Gleichgewicht langfristig zu gefährden.

Die **Steuergesetzrevision 2021** wurde von der SVP unterstützt. Mit einer Ausnahme bei der Höhe des Betreuungsabzuges setzte sich in der 1. Lesung jeweils die von der SVP unterstützte Variante durch. Es besteht nun vor der 2. Lesung die begründete Aussicht, dass die Steuern im Kanton Bern endlich etwas gesenkt werden können. Dies wäre ein wichtiges Signal an die Bevölkerung und die Wirtschaft, für welches sich die SVP weiterhin einsetzen wird.

Raphael Lanz, Grossrat, Thun

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)

Die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) hat insgesamt 16 Plenumssitzungen abgehalten und dabei zwei Erlasse, sieben Berichte und ein Kreditgeschäft zu Handen des Grossen Rates vorberaten.

Zu den Schwerpunkten gehörten die Arbeiten zu den Richtlinien der Regierungspolitik 2019-2022 und zur Umsetzung der Direktionsreform (UDR). Dabei hat die SAK zwei Kommissionsvorstösse erarbeitet. Der erste Vorstoss wurde in der Wintersession vom Grossen Rat verabschiedet. Ebenfalls angenommen wurde die Fristverlängerung für die laufenden Arbeiten an der parlamentarischen Initiative «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen».

Die SAK hat zudem die Abstimmungserläuterungen zu insgesamt drei Vorlagen erarbeitet und in zwei öffentlichen Sitzungen verabschiedet. Einen besonderen Aufwand mit Einbezug von externen Experten verlangte dabei die Vorlage zum Sozialhilfegesetz.

Schliesslich hat die SAK im Sinne der parlamentarischen Oberaufsicht gemäss Artikel 39 Absatz 6 Buchstabe d der Geschäftsordnung für den Grossen Rat (GO) insgesamt sechs interkantonale Verträge zur Kenntnis genommen, welche vom Regierungsrat in alleiniger Zuständigkeit abgeschlossen wurden.

Geschäftsliste SAK:

Erlasse:

- Teilrevision Organisationsgesetz (OrG)
- Dekret über die Aufgaben der Direktionen und der Staatskanzlei und die Direktionsbezeichnungen (ADSD)

Berichte:

- Richtlinien der Regierungspolitik 2019 – 2022
- Bericht Aussenbeziehungen 2018
- Berichterstattung Parl. Vorstösse und Planungserklärungen 2018
- Bericht Direktionsreform UDR
- Bericht Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern
- Bericht zur Medienvielfalt
- Bericht digitale Verwaltung

Kredite:

- Kredit Umsetzung Direktionsreform

Abstimmungserläuterungen:

- Abstimmungserläuterungen zur Änderung des Sozialhilfegesetzes: Plausibilisierung finanzielle Auswirkungen Volksvorschlag bzw. SHG
- Abstimmungserläuterungen zum Kantonswechsel Clavaleyres
- Abstimmungserläuterungen zum Transitplatz für ausländische Fahrende in Wileroltigen

Übriges:

- Kenntnisnahme von Verträgen im Bereich der Aussenbeziehungen in alleiniger Zuständigkeit des Regierungsrates
- Konsultation Landeskirchenverordnung (LKV)
- Parl. Initiative «In dubio pro populo I»: Fristverlängerung
- Parl. Initiative «In dubio pro populo II»: vorläufige Unterstützung
- Kurzbericht Religionspolitische Auslegeordnung für den Kanton Bern
- Auswirkungen EU-Rahmenvertrag auf den Kanton Bern

Markus Aebi, Grossrat, Hellsau

Bildungskommission (BiK)

Nachdem das Wahljahr 2018 sowohl in der Erziehungsdirektion wie auch in der Bildungskommission personelle Änderungen mit sich gebracht hatte, war das Jahr 2019 diesbezüglich ruhig. Politisch fährt die neue Regierungsrätin Christine Häsler (Grüne) keinen wesentlich anderen Kurs als ihr Vorgänger Bernhard Pulver. Aber sie hört immerhin besser zu als Bernhard Pulver es zuweilen tat.

Wie auch schon in Vorjahren war erneut die Berner Fachhochschule (BFH) ein wichtiges bildungspolitisches Thema. Namentlich deren Neuausrichtung gab sowohl in der Kommission wie auch im Plenum des Rates Anlass zum Diskutieren. Auch wurden Motionen überwiesen. Die überparteiliche Motion «Fachhochschulen sind keine Universitäten – Die Fachhochschulen (FH) sollen sich betreffend Angebotsportfolio, Lehrinhalten und Lehrkörperzusammensetzung entsprechend neu ausrichten» etwa ist unter Beteiligung der SVP entstanden und wurde in der Märzsession von uns auch geschlossen unterstützt. Das Problem selbst bei überwiesenen Vorstössen ist jeweils nur, dass der Regierungsrat und die BFH selbst sehr viel Spielraum bei der Umsetzung haben.

Das bildungspolitische Thema, das im vergangenen Jahr wohl am meisten Wellen warf, waren die Französischlehrmittel «Mille feuilles» und «Clin d'oeil». Diese standen schon länger in der Kritik. Da aber nun neue Studien des Instituts für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg die Unzulänglichkeiten der Französischlehrmittel aufzeigten, kam auch politisch neue Bewegung in die Angelegenheit. Die Ergebnisse waren zum Teil ernüchternd. Das politisch hochgejubelte «Sprachbad» scheint überhaupt nicht zu funktionieren. Im Juni überwies der Grosse Rat die überparteiliche, aber von uns SVP initiierte Motion «Für nachhaltigere, günstigere und ökologischere Lehrmittel an der Volksschule» in drei von vier Punkten. Darin wurde unter anderem beschlossen, dass der Kanton seine Beteiligung an der Schulverlag Plus AG, die «Mille feuilles» und «Clin d'oeil» herausgibt, verkaufen muss.

In der November-Session wurden zwei überparteiliche Motionen unter Beteiligung der SVP eingereicht, welche Lehrmittelfreiheit auch im Bereich des Französischunterrichts fordern. Somit sollten die Schulen zumindest die Wahloption erhalten, andere Französischlehrmittel zu verwenden als «Mille feuilles» und «Clin d'oeil», sofern sie das möchten. Der Regierungsrat empfiehlt diese Motionen zur Annahme, möchte aber die Einführung der Wahlfreiheit noch möglichst lange aufschieben. Hier geht es letztendlich halt auch um Prestige und um Geld. Der Schulverlag verdient mit jedem Jahr, während dem er seine Lehrmittel den Gemeinden zwangsverkaufen kann, gutes Geld.

Auch die Bildungspolitik wurde vom «Klimahype» nicht verschont. Erfreulicherweise konnten wir hierbei in der Novembersession einen raren Erfolg für die SVP in dieser Thematik verbuchen. Unsere Motion «Kein Demozwang an Volksschulen – politische Neutralität der Schule wieder durchsetzen!» wurde überwiesen und nicht abgeschrieben, wie es die Linken verlangten. Somit sollten sich Ereignisse wie in Frutigen, wo die Teilnahme an einer Freitagsdemo zum Pflichtunterricht erklärt wurde, nicht wiederholen.

Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg

Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)

An unseren Sitzungen befassten wir uns mit dem neuen Behindertenkonzept, welches den Behinderten mehr Kompetenzen geben wird. Da es hier um komplexe Abläufe und grosse Umverteilungen geht, sind noch einige Fehler zu korrigieren, damit wir da keine Kostenexplosion und unnötigen administrativen Aufwand haben. Die Änderung des Sozialhilfegesetzes unter dem Motto «Arbeit muss sich lohnen» war eigentlich sehr gut vorbereitet. Leider überstimmten die Städte Bern und Biel die Landbevölkerung und die dringenden Änderungen wurden abgelehnt! Es wurde mit Unwahrheiten und Angstmacherei argumentiert. Vielleicht fehlte bei der federführenden FDP auch ein wenig das Herzblut. Plakatierungen und Infoanlässe gab eigentlich nur durch die SVP!

Aktuell behandeln wir das Sozialhilfegesetz für Asylanten und Flüchtlinge. Ziel dort ist Fordern und Fördern. Es kann nicht sein, dass Asylanten 7 Jahre in der Schweiz sind und keine hiesige Sprache sprechen. Auch dort zeichnet sich schon wieder ein grosser Widerstand von Links und leider auch von den Landeskirchen mit Halbwahrheiten ab. Die Forderungen der linken Seite in unserer Kommission bedeuten im Endeffekt mehr Leistungen für Asylanten, als unsere Schweizerbevölkerung je zugut hat. Ich denke, da wären auch viele linke Arbeitnehmer nicht einverstanden und würden sich wohl ab diesen Forderungen die Augen reiben! Daher braucht es dringend noch mehr SVP! Es bewährte sich, dass ich alle bürgerlichen Kommissionsmitglieder zur Sitzungsvorbereitung einlade, damit erreichen wir meistens eine knappe Mehrheit! Ich danke unserem Gesundheitsdirektor und meinen Kommissionsmitgliedern für die gute und innovative Arbeit.

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)

Die BaK beschäftigte sich unter anderem mit dem Wasserversorgungsgesetz. Dieses wurde in zwei Lesungen behandelt. Auslöser der Gesetzesänderung war, dass der Fonds zu viele Gesuche für Beiträge und zu wenig Mittel hatte. Das Gesetz konnte zu Gunsten kleinerer Gemeinden verbessert werden (Härtefallregelung).

Weiter waren Entscheide zu fällen zum Kompetenzzentrum Schwerverkehrsprüfungen (KSP) Münchenbuchsee, Buechlimatt, konkret betreffend Standortentscheid und betreffend Kredite für den Baurechtszins und den Architekturwettbewerb. Ein Rückweisungsantrag wurde gestellt und überwiesen mit folgenden Auflagen: Die Finanzierbarkeit der Investition ist mit Blick auf die Finanzierungslücke in der Investitionsplanung zu klären. Dafür ist eine Lösung für das Schliessen der Finanzierungslücke vorzulegen unter Einbezug einer Priorisierung der Investitionen. Dies, weil es betreffend Investitionen eine Finanzierungslücke von 500 bis 700 Mio. gibt. Das Gesetz über den Fonds für Investitionsspitzen hatte bereits weit im Vorfeld die Medien und Parteien mobilisiert. Es kam zu einem wichtigen und guten Austausch der BaK mit der FiKo sowie mit der Finanzdirektorin, die allerdings auf die vielen Fragen oft

nur ungenügende Antworten lieferte. Die Liste mit den grösseren Bauprojekten von 1 – 28 wurde leider ungenügend genutzt, um die Prioritäten des Regierungsrats betreffend die geplanten Investitionsvorhaben festzulegen. Aus dem gleichen Grund, der unsicheren Finanzierbarkeit, wurde der Projektierungskredit Gymnasium Hofwil auf die Septembersession verschoben, wo er dann aber deutlich angenommen wurde.

Das ebenfalls behandelte Bergregalgesetz zeigt, wie sich manchmal während einem politischen Prozess die Meinungen ändern können: In der Vernehmlassungsantwort hatte sich die SVP Kanton Bern noch dahingehend geäussert, dass es für den Abbau im Untergrund kein neues Gesetz braucht. Während der Debatte im Grossen Rat liess sich dann aber auch unsere Fraktion überzeugen, dass es Sinn macht, den Abbau im Untergrund zu regeln, und dass damit nicht nur Verbote verlangt werden.

Eine Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik, mit 101:41 angenommen, sowie eine Parlamentarische Initiative, die den Klimaschutz als vordringliche Aufgabe in der KV verankern will, mit 90:59 überwiesen, standen in der Juni Session auf dem Programm und verlangten viel Zeit und Energie. Die deutlichen Beschlüsse zeigen leider, dass sich unsere Partei (zusammen mit der EDU) erfolglos gegen diese Welle wehrte. Ein Ausschuss in der BaK wurde eingesetzt, der die weiteren Schritte eingeleitet hat, sodass jetzt die Gemeinden Stellung nehmen können. Alfred Bärtschi vertritt die SVP in diesem Ausschuss.

Bei den Anpassungen des Baugesetzes im Bereich der Neuregelung der Mehrwertabschöpfung konnte eine pragmatische und praktische Umsetzung für die Gemeinden erreicht werden. Der Masterplan zur Justizvollzugsstrategie gab ebenfalls viel zu reden. Dies, weil sich mehrere Kommissionen für diese Thematik verantwortlich fühlten. Eine Umsetzung 1:1 wird so nicht möglich sein.

Bei einer Besichtigung der Standorte für die geplanten Bauvorhaben der Uni Bern und der Inselgruppe erhielten die BaK-Mitglieder nicht nur etliche Informationen, sondern auch einen Einblick in eine Abteilung des Kantons, die hervorragend vorbereitet ist und entsprechend lobbyiert für ihre Bauvorhaben. Diese Bauvorhaben werden über 1 Mrd. in den nächsten Jahren kosten. Weiter beschäftigte sich die BaK mit diversen grösseren und wichtigen Hochwasserschutzprojekten in und für unsere Regionen.

Ein herzlicher Dank geht an alle SVP-Mitglieder und -Ersatzmitglieder der BaK, inkl. Lars Guggisberg, der bis zu seiner Wahl in den Nationalrat die SVP-interne BaK präsidiert hat.

Hans Jörg Rüegsegger, Grossrat, Riggisberg

Sicherheitskommission (SiK)

Die Sicherheitskommission hat sich an mehreren Sitzungen mit den wichtigsten Geschäften der Polizei- und Militärdirektion befasst. Die Hauptthemen waren die Geschäfte im Asylbereich.
Die Zusammenarbeit mit Regierungsrat Philippe Müller von der FDP erachte ich als gut bis sehr gut. Regierungsrat Müller ist viel konsequenter und bürgerlicher als sein Vorgänger alt Regierungsrat Käser. Unsere Kernthemen waren das Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG) und das Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz. Die beiden Gesetze haben wir mit der GSoK vorberaten und Dank der Handschrift unseres Regierungsrates Pierre Alain Schnegg sind die beiden Gesetze zu unseren Gunsten entstanden und auch vom Regierungsrat so beschlossen worden.

Die Sicherheitskommission besteht aus 17 Mitgliedern: 5 SVP, 5 SP, 2 FDP und je einen Vertreter der EVP, Grünen, BDP, EDU und GLP. Hier einige Geschäfte, welche von unserer Kommission behandelt wurden:

- Im Januar hat unsere Kommission eine Besichtigung des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes in Bern vorgenommen. Das Amt soll nach Münchenbuchsee verlagert werden, wo ein Neubau geplant wird. Die Kommission ist der Meinung, dass ein Neubau sinnvoll ist und das Gebäude in Bern ein attraktiver Standort für eine Nachnutzung bleibt.
- Der Bericht über die Nennung von Nationalitäten von Straftätern im Kanton Bern ist leider sehr ernüchternd ausgefallen. Der Regierungsrat stützt sich gerne auf Gutachten und die Staatsanwaltschaft weigert sich, trotz der Annahme unseres Vorstosses, die Nationalitäten öffentlich zu nennen.
- Über längere Zeit haben wir uns in unserer Kommission mit der Integration und dem Asylgesetz befasst. Abgewiesene Asylbewerber mit einem rechtskräftigen Asylentscheid sollen unser Land so schnell wie möglich verlassen und nur noch Nothilfe erhalten. Die Ratslinke hat wirklich alles versucht, um die genannten Asylsuchenden in unserem Land zu behalten. Zum Glück konnten wir das Gesetz mit einer schönen Mehrheit verabschieden.
- Ebenfalls haben wir uns von der SiK für die Aufstockung des Polizeibestandes eingesetzt. Die Polizeiarbeit soll aber bei der Kriminalitätsbekämpfung verstärkt werden und nicht zu mehr Kontrollen auf Strassen oder bei Schlachtviehmärkten sowie mehr Radarkontrollen führen. Eine entsprechende Planungserklärung von mir wurde im Plenum angenommen.
- Dem Kredit für die Neuuniformierung der Polizei von 3.7 Mio. haben wir zugestimmt.
- Ein wichtiges Thema für uns war auch die Justizvollzugstrategie des Kantons Bern. Kernpunkt der Anstalten ist die Erneuerung und wie viele Gefängnisse wir in Zukunft noch betreiben wollen.
- Für mich unverständlich ist, dass wir aus dem Lotteriefonds 10 Mio. Franken für ein Sternwarte-Projekt bezahlen, für welches die Finanzierung noch nicht gesichert ist. Die Kommission hat dieses unsinnige teure Projekt vollumfänglich unterstützt.

Ehemaliges Jugendheim in Prêles: Der bernische Justizvollzug erfüllt den Auftrag mit den vier Justizvollzugsanstalten (JVA) Thorberg, Witzwil, St Johannsen und Hindelbank und den fünf Regionalgefängnissen Burgdorf, Thun, Bern, Biel und Moutier.
Nachdem die Linken den Vorschlag des Regierungsrats, in Prêles ein Ausschaffungszentrum für abgewiesene Asylbewerber zu schaffen,per Motion verhindert haben, muss für das Jugendheim erneut eine neue Lösung gefunden werden. Das leerstehende Gebäude könnte zum Beispiel als Gefängnis benutzt werden. Der Standort ist dezentral und würde in dieser Region Arbeitsplätze generieren. Bei der Besichtigung des Jugendheimes durch unsere Kommission wurde meine Überzeugung gestärkt, dass diese ein geeigneter Standort für ein Regionalgefängnis ist. Aus meiner Sicht macht dies deutlich mehr Sinn, als im Raum Seeland auf der grünen Wiese ein neues Gefängnis zu bauen.

MERCI für die Kommissionsarbeit: Ich bedanke mich recht herzlich bei den Mitgliedern der Sicherheitskommission Andrea Gschwend, Etienne Klopfenstein, Werner Moser, Mathias Müller und den Ersatzmitgliedern Beat Bösiger und Peter Salzmann für die angenehme Zusammenarbeit.

Thomas Knutti, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

SVP Frauen Kanton Bern

Wir sind in erster Linie stolz und glücklich, dass unsere beiden bisherigen Nationalrätinnen Nadja Pieren und Andrea Geissbühler trotz des bedauerlichen Sitzverlustes im Nationalrat die Wiederwahl geschafft haben. Ich erhoffe mir davon eine Signalwirkung für all unsere aktiven Frauen, sich in einen zukünftigen Wahlkampf zu stürzen. Auch wenn es mit der Wahl nicht auf Anhieb klappt: Die Erfahrungen, die während eines Nationalratswahlkampfs gemacht werden dürfen, sind unbezahlbar – also Frauen, dran bleiben!

Wir Frauen sind mit insgesamt 14 Kandidatinnen – sieben auf der Hauptliste und sieben bei der JSVP – angetreten. Unsere Fraktionspräsidentin Madeleine Amstutz hat dabei mit einem sensationell guten Resultat und dank der Wahl von Werner Salzmann in den Ständerat den 2. Ersatzplatz erreicht. Es hat sich wieder mal gezeigt, wie wichtig Medienpräsenz auf allen politischen Ebenen während der Legislatur ist.

Zur Finanzierung des Wahlkampfs haben wir etwas Neues probiert und einen Tombola-Fondueabend mit von den Kandidatinnen gespendeten Preisen organisiert. Es war ein gelungener Anlass bei Erich Hess und Thomas Fuchs im Restaurant Kleefeld. Besonders gefreut hat uns die Anwesenheit von Albert Rösti und Regierungsrat Christoph Neuhaus.

Eine weitere Gelegenheit, für unsere Nationalratskandidatinnen zu werben, haben wir an unserem Frauen-Tag am BEA-Stand wahrgenommen. Die BEA ist

eine wichtige Plattform und wir sind deshalb froh, dass der BEA-Stand zum festen Bestandteil im Jahresprogramm der Berner SVP wird.

Das Mentalcoaching mit Walter Tellenbach ist im Vorjahr auf so gutes Echo gestossen, dass wir es im September – dieses Mal in Thun – wiederholt haben. Die Tipps des Motivationscoaches helfen auch ausserhalb der Politik.

Die SVP Frauen gehen mit der Zeit und haben seit diesem Jahr eine eigene Facebook-Seite. Betreut wird diese von unseren beiden «Digital-Natives» im Vorstand.

Ich danke an dieser Stelle meinen wunderbaren Vorstandskolleginnen für die tolle und inspirierende Zusammenarbeit. Leider verabschieden mussten wir Brigitta Wyss (Oberland). Ich danke ihr an dieser Stelle ganz herzlich für ihren Einsatz und wünsche ihr alles Gute. Weiterhin im Einsatz für die politisch aktiven Frauen der Berner SVP sind mit mir zusammen meine Vize-Präsidentin Liliane Huguenin (Wahlkreis Mittelland), GR-Fraktionspräsidentin Madeleine Amstutz (Thun), Geschäftsführerin Aliki Panaydes (Mittelland), Nationalrätin Nadja Pieren (Emmental), Marlène Geiser (Mittelland), Eliane Burn (Stadt Bern) sowie unsere «Youngsters» Michelle Singer (Emmental) und Stephanie Gartenmann (Oberland).

Petra Wyss, Präsidentin, Aarberg

JSVP Kanton Bern

Die Junge SVP Kanton Bern hatte sich bereits auf das Szenario vorbereitet: Am 13. März 2019 bewilligte der Grosse Rat gegen den Willen der Gemeinde Wileroltigen den 3,3 Mio. Kredit für einen Transitplatz für ausländische Fahrende. Obwohl sich Gemeinderat und Gemeindeversammlung einstimmig gegen den Millionen-Transitplatz ausgesprochen hatten, hielt der Regierungsrat an seinen undemokratischen Plänen fest. So ergriffen wir das Referendum gegen diesen Platz. Im vollen Bewusstsein, dass die Hürden im Kanton Bern sehr hoch sind. Im Vergleich: Während man für eine Initiative im bevölkerungsreichen Kanton Zürich «nur» 6’000 Unterschriften bei einer Anzahl Stimmberechtigen von 944’765 benötigt, braucht es im Kanton Bern satte 15’000 Unterschriften bei 740’316 Stimmberechtigten. Im konkreten Fall des Referendums sind es im Kanton Zürich bloss 3’000 Unterschriften, bei uns im Kanton Bern 10’000 Unterschriften. Dank motivierten Mitgliedern und der Mithilfe der SVP Kanton Bern konnten wir das Referendum nach einer dreimonatigen Sammelphase mit über 12’000 gültigen Unterschriften bei der Staatskanzlei einreichen. Der Regierungsrat erklärte kurz darauf das Zustandekommen des JSVP-Referendums. Anschliessend ging es bereits an die Planung des Abstimmungskampfes und das Verfassen der Botschaft für das Abstimmungsbüchlein. Die Reaktionen auf der Strasse zu unserem Referendum waren vor allem in den ländlichen Gemeinden sehr positiv. Die Leute schienen genug von den nicht zitierfähigen Zuständen auf den Plät-

zen der ausländischen Fahrenden zu haben. Wie die Abstimmung dann aber definitiv ausgeht, werden wir im nächsten Jahr (2020) am 9. Februar sehen.

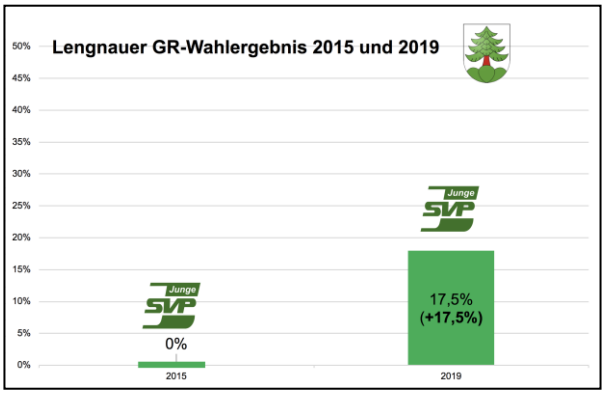
Dje JSVP-Liste bei den nationalen Wahlen

Das Jahr 2019 war aber auch für die Junge SVP ein Wahljahr. So haben SVP und Junge SVP entschieden, mit zwei Listen und einer Listenverbindung bei den Nationalratswahlen anzutreten. Die SVP unterstützte uns finanziell und investierte in die Zukunft. So wurde beschlossen, dass der Erstplatzierte auf der JSVP-Liste bei den nächsten Wahlen 2023 auf der Hauptliste der SVP antreten darf.

So konnte die Junge SVP 24 Kandidaten finden, die zu den Wahlen antreten. Darunter sieben junge Frauen. Am 20. Oktober büsste die Junge SVP leicht Wähleranteile ein und ist neu nur noch zweitstärkste Kraft hinter den jungen Grünen. Dennoch gibt es ein sehr positiv zu erwähnendes Einzelresultat. In der Gemeinde Wileroltigen, wo wir uns für die Anliegen der ortsansässigen Bevölkerung eingesetzt haben, holten wir als Jungpartei 15,5% Wähleranteil. Die Hauptliste der SVP holte 37,3%. Zusammen kommen wir also auf über 50% der abgegebenen Stimmen.

Gutes Abschneiden auch in Gemeindewahlen

In der 5'000-Seelen-Gemeinde Lengnau, im Wohn- und Heimatort unseres Co-Parteipräsidenten Adrian Spahr, trat die Junge SVP zum ersten Mal mit einer eigenen Liste für die Gemeinderatswahlen an. Obwohl es in Lengnau auch einen Linksrutsch gab, gewann die Junge SVP die Wahlen deutlich. Mit einem Wähleranteil von 17,5% war die Jungpartei klare Gewinnerin und zog damit mit gutem Polster mit einem Sitz in den siebenköpfigen Gemeinderat ein. Wir sind hocherfreut, dass das Engagement der Jungpartei bei den Wählern geschätzt und belohnt wird.



Weiter gibt es positives aus der rot-grünen Hochburg der Stadt Bern zu berichten. Erfreulicherweise konnte das JSVP-Mitglied Janosch Weyermann, der unser Kassier ist, in den Berner Stadtrat nachrutschen. Wir gratulieren ihm herzlich zur Wahl.

Nils Fiechter, Frutigen, und Adrian Spahr, Lengnau, Co-Präsidenten

SVP Senioren Kanton Bern

Mit den eidg. Wahlen von Ende Okt. 2019 können wir mit dem Trend zu rot-grün nicht zufrieden sein. Die Klimabewegung hat unseren politischen Gegnern genützt. Aber die SVP ist im Kanton Bern mit einem Wähleranteil von 30,1 % immer noch mit Abstand die wählerstärkste Partei und hat dabei sogar das Resultat von 2011 übertroffen. Schmerzhaft sind für die bernische SVP die beiden Sitzverluste bei den Nationalratswahlen und damit verbunden die Abwahl von NR Manfred Bühler mit dem so wichtigen Bernjura-Sitz. Umso mehr freut es uns, dass Werner Salzmann im zweiten Wahlgang mit über 154‘500 Stimmen den Ständeratssitz für die SVP zurückerobern konnte. Im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir uns bei den eidg. Wahlen eingesetzt und den Ständeratswahlkampf mit Wahlaufrufen und auch einem finanziellen Beitrag unterstützt. Wir gratulieren allen bisherigen wieder gewählten Nationalräten und dem für Werner Salzmann neu in den Nationalrat nachrückenden Lars Guggisberg herzlich zur Wahl.

Die HV vom 14. Mai 2019 im Landgasthof Schönbühl wurde von rund 50 Personen besucht. Die statutarischen Traktanden wurden zügig abgewickelt und allen Geschäften einstimmig zugestimmt. Im politischen Teil sprach unser Kantonalpräsident und Ständeratskandidat Werner Salzmann zu den aktuellen Herausforderungen für die SVP Kanton Bern. Er zeigte deutlich auf, wo wir zu diesem Zeitpunkt stehen und wie wichtig deshalb die Mobilisation, vor allem auch bei den Nichtwählern, für die anstehenden Wahlen sei. Im anschliessenden Teil informierte uns Notarin und Rechtsanwältin Manuela Zimmermann darüber, weshalb ein Vorsorgeauftrag gerade auch für Senioren wichtig ist. Mit einem solchen Auftrag werden bei Verlust der Urteilsfähigkeit drei Bereiche geregelt, nämlich: Personensorge, Vermögenssorge und die Vertretung im Rechtsverkehr. Die Referentin wies ebenfalls auf die Patientenverfügung hin, mit welcher die Selbstbestimmung im medizinischen Bereich geregelt wird.

Erfreulicher Herbstanlass

Am Herbstanlass bei der Bucher-Motorex-Gruppe in Langenthal durften wir über 100 Personen begrüssen. VR-Präsident Peter Regenass-Bucher begrüsste uns nicht nur auf sehr sympathische Weise, sondern bat auf originelle Art auch um politische Hilfe, wie z.B. die CO_2-Hysterie zu bremsen oder die Beschäftigungstherapie beim Staat zu stoppen. Nach dieser Begrüssung stellte SVP-Schweiz-Präsident Albert Rösti sein Referat unter das Thema «Freiheit der Schweiz in Gefahr». Er zeigte mit rhetorischer Brillanz auf, dass mit der Unterzeichnung des vorgeschlagenen Rahmenvertrages mit der EU unsere direkte Demokratie und damit unsere Freiheit auf dem Spiel stehe. Er forderte die Anwesenden auf, sich deshalb nicht nur für die SVP, sondern vor allem auch für unsere Schweiz zu engagieren. CEO Edi Fischer stellte danach die Motorex-Bucher-Group AG als ein Familienunternehmen mit eindrücklichen Zahlen und Fakten vor, welches weltweit tätig ist und stetig weiter wächst. Nach einer eindrücklichen Führung konnte sich die Besucherschar bei einem von der Firma offerierten Apéro riche

stärken und bei Gesprächen unter sich oder auch mit den Gastgebern einen interessanten Nachmittag abschliessen.

Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten hat sich als Folge von Abgängen durch Tod und hohen Alters leicht um 3 auf 326 Personen reduziert. Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen alle Neuen herzlich willkommen.

Den Mitgliedern des Vorstandes danke ich für die wiederum konstruktive und engagierte Mitarbeit.

Ulrich Iseli, Präsident, Madiswil

Grossartige Performance der Kontorsionistin Nina Burri
am grossen Wahlevent der SVP Kanton Bern in Aarberg

Landesteile

Jura bernois

Grosse déception

Année d'élections fédérales, 2019 promettait de belles passes d'armes eu égard aux défis dont notre pays doit faire face en ces temps troublés. L'UDC du Jura bernois, avec son candidat sortant Manfred Bühler, affrontait sereinement la bataille, aidé par l'action efficace de son Conseiller d'Etat Pierre Alain Schnegg. Avec comme colistier Markus Gerber, Maire de Saicourt et accessoirement Président de Swissherdbook, Manfred Bühler pouvait partir confiant pour le maintien du seul siège du Jura bernois au Conseil national. C'était toutefois sans compter avec la grande qualité de la liste UDC du canton de Berne, la perte d'un mandat dans ce même canton et la forte régionalisation de l'électorat. Au soir du 20 octobre 2019 donc, la non-réélection de Manfred Bühler, deuxième des viennent-ensuite seulement, privait le Jura bernois de son seul représentant sous la coupole fédérale. Ce revers électoral, le premier depuis huit ans, et le résultat en demi-teinte de Markus Gerber n'incitent donc pas l'UDC du Jura bernois à l'optimisme. Il salue néanmoins le grand engagement des deux candidats et les remercie chaleureusement pour leur action envers le parti. L'élection brillante de notre président cantonal Werner Salzmann au Conseil des Etats lors du second tour de scrutin le 20 novembre 2019 a néanmoins apporté quelque peu de baume sur la blessure. J'adresse mes félicitations à mon ami Werner pour cette belle prestation.

A moins d'un retournement de situation peu probable, il est quasiment certain que le Jura bernois restera orphelin pendant quatre ans. Afin d'éviter qu'une telle mésaventure ne se reproduise, le bureau a d'ores et déjà planché sur les scénarios possibles, propres à trouver une solution acceptable pour tous.

Malgré ce résultat hautement décevant, l'UDC du Jura bernois sort renforcée dans son statut de premier parti du Jura bernois. A ce titre, elle continuera à s'engager corps et âme pour le bien-être des citoyennes et citoyens de la région et du canton. Chantre des libertés individuelles, notre parti défendra ses valeurs contre les tentatives de déstabilisation des forces de gauche, et accessoirement vertes, qui ne visent qu'au démantèlement de l'Etat de droit et de sa souveraineté. Aujourd'hui, il est bon de rappeler que l'UDC est depuis toujours la seule formation politique véritablement écologique du pays. A l'avenir, notre parti se mobilisera sans relâche pour les thèmes qui lui sont chers, comme par exemple les coûts de la santé, le niveau des retraites ou la gestion de la migration. Au niveau régional, si d'aventure le vote de Moutier sur son appartenance cantonale devait être répété, l'UDC du Jura bernois s'engagera sans compromis et mettra toute son énergie pour que la ville reste au sein du canton de Berne.

Aujourd'hui, à l'aube d'une année de transition par excellence, je remercie tous les membres et sympathisants de l'UDC du Jura bernois pour leur engagement pour une vie meilleure.

Vive le Jura bernois, vive le canton de Berne, vive la Suisse, vive l'UDC.

Patrick Tobler, président, Montagne de Moutier

Biel-Seeland

Handelsstreit, Trump, Brexit, Schülerstreiks mit Greta, das Klima, Frauenstreik vom Juni und natürlich sehr positiv unser Seeländer Schwingerkönig Chrigu Stucki am Eidgenössischen in Zug und als Sportler des Jahres! Das ein kurzer Gedächtnisrückblick ins 2019. Wir informierten an vier Delegiertenversammlungen und diversen Infoanlässen zu den Abstimmungsthemen wie Zersiedelungsinitiative, Kant. Polizeigesetz, Kant. Energiegesetz, Steuerrevision und AHV-Finanzierung, Übernahme EU-Waffenrichtlinie und das Gesetz über öffentliche Sozialhilfe. Kaum waren die Grossratswahlen 2018 vorbei, steckten wir bereits wieder voll im Wahlkampf für die Nationalratswahlen vom Herbst 2019. Mit den aktuellen Themen um die Umwelthysterie konnte sich die SVP nicht so sehr identifizieren. Nicht weil wir das Thema nicht ernst nehmen, sondern weil die SVP lieber handelt, als nur gross darüber zu reden, was Andere tun sollten!

Die SVP Biel-Seeland möchte eigentlich zwei Kandidatenlisten für die Nationalratswahlen, damit wir eine Chance für einen Nationalrat aus unserer Region haben. Dies erübrigte sich aber bei der Kandidatensuche, welche sich als sehr schwierig erwies. Leider reichte es auch diesmal nicht für einen Seeländer Nationalrat, aber ich erreichte im Wahlkreis Biel-Seeland am meisten Stimmen über alle Kandidaten sämtlicher Parteien, was mich sehr freute. Meinen Mitkandidatinnen Nadja Günthör und Sandra Schneider möchte ich bestens danken für den grossen Einsatz. Auch allen anderen SVP Kandidaten für den fairen und aktiven Wahlkampf! Den Verlust im Nationalrat konnten wir zum Glück mit der Wahl von Werner Salzmann in den Ständerat kompensieren. Auch war die SVP Biel Seeland einen ganzen Tag an der BEA in Bern, wo viele Kontakte gemacht werden konnten.

Einen ganz herzlichen Dank all denen, welche mit viel Motivation zu diversen Anlässen beigetragen haben (nationaler Mobilisierungsanlass mit Nina Burri in Aarberg, Podium in Aarberg, Seedorf und Tschugg, div. Anlässe in Schüpfen, Bellmund, Büren a. Aare, Ipsach und Rathausbesuch in Bern). Die Mitgliederzahl sowie die Finanzen sind stabil. Ganz herzlichen Dank meinen Vorstandsmitgliedern für die guten Ideen und die gute Zusammenarbeit und allen, welche uns in irgendeiner Weise unterstützt haben. Der abtretenden Vizepräsidentin Petra Wyss möchte ich bestens für ihren grossen Einsatz und ihre guten Ideen danken. Ich wünsche ihr alles Gute.

Martin Schlup, Präsident, Grossrat, Schüpfen

Emmental

So wie auch in allen anderen Landesteilen standen im Emmental die eidgenössischen Gesamterneuerungswahlen zuoberst auf der Prioritätenliste. Die Grossräte Urs Buri und Markus Aebi stellten sicher, dass während des Wahlkampfes in jeder Emmentaler SVP Sektion ein Wahlanlass durchgeführt wird. Den beiden Wahlleitern gelang dies vorbildlich, und es fanden im ganzen Emmental gesellige Anlässe statt, die Gelegenheit zum Austausch zwischen Nationalratskandidaten und -kandidatinnen und der Bevölkerung boten.
Der SVP Emmental gelang es, ihren Wähleranteil der letzten eidgenössischen Wahlen von 2015 fast zu halten. Unsere Partei verlor im Emmental lediglich 0.6 Prozentpunkte und ist mit 38.2% Wähleranteil immer noch mit Abstand die stärkste Kraft.

Insbesondere freuen sich die Emmentalerinnen und Emmentaler über die glanzvolle Wiederwahl unserer beiden bisherigen Nationalräte Nadja Pieren und Andreas Aebi, die mit dem kantonal viert- beziehungsweise drittbesten Resultat abschlossen. An dieser Stelle gratulieren wir den beiden ganz herzlich und wünschen weiterhin viel Erfolg und Freude bei ihrer parlamentarischen Arbeit!
Ebenfalls gratulieren wir den beiden nichtgewählten Emmentaler Kandidaten Grossrat Alfred Bärtschi und Michelle Singer, die kantonalbernisch über alle Parteien gesehen auf Platz 19 beziehungsweise 28 abgeschlossen haben. Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben grossen Einsatz bewiesen und hervorragende Arbeit geleistet, und ihnen gebührt unser Dank!

Mit einem ausgezeichneten Resultat wurde Nationalrat Andreas Aebi zum ersten Nationalratsvizepräsidenten gewählt. Er ist damit der erste designierte Nationalratspräsident der SVP Emmental. Wir wünschen ihm ein lehrreiches Jahr im Vizepräsidium und anschliessend ein unvergessliches Jahr als höchster Schweizer.

Eines der wohl wichtigsten nationalen Geschäfte das Emmental betreffend ist immer noch hängig in den eidgenössischen Räten. Die Verkehrssanierung Burgdorf-Oberburg-Hasle schlug hohe Wellen im Parlament. Der Kanton Bern muss nun noch weitere Unterlagen einreichen, danach dürfte die Realisierung der für das Emmental äusserst wichtigen Verkehrssanierung nach jahrzehntelangen Diskussionen endlich in greifbare Nähe rücken.

Auch die SVP Emmental hat sich dem digitalen Fortschritt nicht verschlossen und eine neue Webseite lanciert. Unser Webmaster Beat Hochstrasser arbeitet laufend an der neuen Seite svp-emmental.ch. Über Ihren Besuch unserer Homepage freuen wir uns.

Andrea Gschwend-Pieren, Vizepräsidentin, Grossrätin, Heimiswil

Oberaargau

Im Jahre 2019 beschäftigte sich die SVP Oberaargau vor allem mit den nationalen Wahlen. Diese fanden am 20. Oktober 2019 statt.
Mit Grossrat Beat Bösiger stellte die Region einen Kandidaten für den Nationalrat. Das Ziel war, dass die Region Oberaargau wieder mit einem SVP-Nationalrat im Bundeshaus vertreten ist. Dies wurde leider nicht erreicht. Beat Bösiger konnte mit 78'124 Stimmen indes ein ausgezeichnetes Resultat vorweisen. Die Wahlbeteiligung im Wahlkreis Oberaargau ist wieder zurückgegangen und ebenso der Wähleranteil der SVP. Die Wahlen standen auch in unserer Region stark unter dem Einfluss der «Klimadebatte».

Im vergangenen Jahr mussten wir Abschied nehmen von unserem langjährigen Wahlkreissekretär und Ehrenmitglied Urs Voser. Er hatte während vielen Jahren mit grossem Einsatz die SVP Oberaargau geprägt und grosse Arbeit geleistet.
Die Präsidentenkonferenz mit den Sektionen des Wahlkreises SVP Oberaargau konnten wir in den Räumlichkeiten der Firma Waterjet AG in Aarwangen abhalten. Dort hatten wir Einblick in einen innovativen KMU-Betrieb, welcher mit der neusten Technologie im Bereich Wasserstrahl-Schneidetechnik arbeitet und Aufträge für internationale Firmen weltweit ausführen kann.
An der letzten Vorstandssitzung befassten wir uns mit den anstehenden Veränderungen im Jahre 2020. Der Sekretär und einige Vorstandsmitglieder müssen ersetzt werden. Wir sind zuversichtlich, dass neue Kräfte mithelfen werden, die Oberaargauer SVP weiter auf Kurs zu halten.

Vielen Dank an alle Vorstandsmitglieder, Sektionen, Sponsoren und Gönner! Ihr alle habt dazu beigetragen, dass unser Wahlkreis ein erfolgreiches 2019 erleben durfte. So macht es Freude, Politik zu gestalten.

Samuel Leuenberger, Präsident, Grossrat, Bannwil

Bern-Mittelland

Beim Start in mein neuntes und letztes Jahr als Präsident der SVP Bern-Mittelland kam es an der Hauptversammlung Anfang April im Vorstand unseres Wahlkreisverbundes zu keinen personellen Wechseln.

Im Berichtsjahr gaben hauptsächlich Geschäfte der Regionalkonferenz Bern-Mittelland sowie regional relevante Geschäfte im Grossen Rat zu reden. Ausserdem konnten die Vertreterinnen und Vertreter der Wahlkreise Mittelland-Nord, Stadt Bern und Mittelland-Süd an den Vorstandssitzungen Ideen, Erfahrungen und Termine austauschen im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober 2019. Mit zwei Sitzverlusten im Nationalrat verliefen diese Wahlen mit Blick auf die Resultate im ganzen Kanton Bern zwar nicht nach Wunsch. Aufgrund des sehr erfreulichen Rückgewinns des SVP-Ständeratssitzes, der vor gut 10 Jahren verloren ging, hielt sich der Schaden unter Berücksichtigung des schwierigen Umfelds (Klimahype, Wegfall der Stimmen von Adrian Amstutz) letztlich doch in Grenzen. Die SVP Bern-

Mittelland stellt mit Werner Salzmann neu einen Ständerat (!) und mit Andreas Geissbühler (bisher), Erich Hess (bisher) und meiner Wenigkeit (neu) weiterhin drei Nationalräte.

Die vor fünf Jahren ins Leben gerufene SVP-Arbeitsgruppe Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM hat im vergangenen Jahr zweimal getagt – jeweils rund einen Monat vor den Regionalversammlungen im Juni und im November. Die Bemühungen der Arbeitsgruppe haben sich bewährt und werden fortgesetzt. Neu ins Gremium aufgenommen wurde im Berichtsjahr Christian Burren (Gemeinderat Köniz). Daniel Hodel schied aufgrund seiner Demission als Gemeindepräsident von Konolfingen aus der Gruppe aus. Ich danke Daniel herzlich für das langjährige, konstruktive Engagement und heisse Christian herzlich willkommen.

Zum Schluss meines Rückblicks auf das vergangene Jahr ist es mir ein grosses Anliegen, meinen Wegbegleitern, Vorstandskolleginnen und -kollegen und allen weiteren Parteikameraden zu danken, die sich in den vergangenen neun Jahren in den Dienst der SVP Bern-Mittelland gestellt haben. Besonderer Dank gebührt unserer Sekretärin Doris Schneider, die mir in all den Jahren die Treue gehalten und mich bestens unterstützt hat. Im Weiteren danke ich allen Mandatsträgerinnen und -trägern auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene für ihren wertvollen und unermüdlichen Einsatz für unsere Werte. Meinem geschätzten Nachfolger, Grossrat Kurt Wenger, wünsche ich in seiner neuen Funktion viel Erfolg und alles Gute!

Lars Guggisberg, Präsident, Nationalrat, Kirchlindach

Thun

Man kann vom Jahr 2019 im Rückblick halten, was man will: Politisch war es ein interessantes Jahr. Besonders auch für den SVP-Wahlkreisverband Thun. Als im Januar frisch gewählter Wahlkreispräsident war ich stolz, mit zwei Nationalräten ins Wahljahr starten zu können, wovon zudem mit Albert Rösti einer Parteipräsident und mit Adrian Amstutz der andere Wahlleiter der nationalen Partei war. Am Wahlabend des 20. Oktober wussten wir: Wir hatten schweizweit nicht nur 3,8 Prozent Stimmen verloren. Wir hatten auch unser Ziel, das Mandat des zurückgetretenen Adrian Amstutz im Wahlkreis Thun zu halten, verpasst. Am 21. Dezember traf uns ein weiterer Schlag: Unser Parteipräsident Albert Rösti gab seinen Rücktritt als Schweizer Präsident bekannt. Obschon seine Kompetenz nie in Frage gestellt, sein Engagement enorm und seine Loyalität zur Partei nicht im Zweifel standen, wurde nach den Wahlen von den Medien, aber auch parteiintern, nach Schuldigen gesucht. Richtig offen wagte es zwar niemand, ihn zu kritisieren. Trotzdem spürte Albert Rösti, dass der Rückhalt nicht mehr so gross war wie vor vier Jahren, als er glanzvoll gewählt wurde. Er zog daraus die Konsequenzen.

Trotz dem durchzogenen Ergebnis der nationalen Wahlen ziehe ich eine vorsichtig positive Bilanz. Ich nenne ein paar Argumente:

1. Unser Nationalrat Albert Rösti war mit 128’252 Stimmen nicht nur im Kanton Bern, sondern sogar schweizweit der bestgewählte Kandidat. Und zwar aller Parteien.
2. Wir im Wahlkreis Thun erreichten mit 35,9%ein gutes Ergebnis. Das sind mehr als 10% über dem schweizweiten Schnitt von 25,6%.
3. Bemerkenswert ist auch, dass wir vier Thuner Kandidaten (Nationalrat Albert Rösti; Grossrätin Madeleine Amstutz, Grossrat Raphael Lanz, Grossrat Samuel Krähenbühl) zusammen 373’707 Stimmen zur kantonalen Liste beigetragen haben. Das sind kantonsweit 18,2 Prozent aller Kandidatenstimmen. Zum Vergleich: Der Wahlkreis Thun hat nur 10 % Bevölkerungsanteil im Kanton Bern.
4. Und schliesslich wurde unser kantonaler Parteipräsident Werner Salzmann auch dank einem sehr guten Ergebnis im Wahlkreis Thun in den Ständerat gewählt. Mit 19'077 Stimmen lag er im Wahlkreis Thun sehr deutlich vor dem zweitrangierten Hans Stöckli, der auf 15'350 Stimmen kam.

Der Wahlkreisverband Thun funktioniert also gut. Das konnte ich als neugewählter Wahlkreispräsident bei meinen Antrittsbesuchen bei den Sektionen feststellen. Wir haben gut aufgestellte Sektionen, engagierte Sektionspräsidenten, Vorstandsmitglieder und viele motivierte Mandatsträger in den Gemeinderäten und Kommissionen. Auch sind unsere Anlässe wie Sessionsrückblicke und Wahlveranstaltungen stets gut besucht.

Vergessen wir nicht: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen! Ich bin überzeugt, dass sich beharrliches und konsequentes Arbeiten auf die Dauer ausbezahlt. «Nid nalah gwinnt!» In diesem Sinne danke ich allen, die in irgendeiner Form etwas zum Aufbau unserer Partei beigetragen haben. Hier ganz besonders auch meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen, Sektionspräsidenten, Behördenmitgliedern und selbstverständlich allen Mitgliedern. Ein besonderer Dank gebührt Alt-Nationalrat Adrian Amstutz und Alt-Grossratspräsident Jürg Iseli, die nach jahrzehntelangem Einsatz für unser Land und unsere Partei zurückgetreten sind. Dann aber namentlich auch meinem zurückgetretenen Vorgänger Yves Bichsel, welcher der kantonalen Politik aber als Generalsekretär der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion erhalten bleibt.

Samuel Krähenbühl, Präsident, Grossrat, Unterlangenegg

Oberland

Gespannt haben wir im Oberland auf die Ständerats- und Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019 gewartet. Die SVP stand unter sehr grossem Druck, stehen dem Kanton Bern doch nur noch 24 Nationalratssitze zur Verfügung. Die Niederlage der SVP war absehbar und konnte in der sehr grossen Klimahysterie nicht aufgehalten werden. Unsere Partei musste einen Wählerverlust von 3.1% hinnehmen und somit zwei Nationalratssitze abgeben. Die nächsten vier Jahre muss sich die SVP mit sieben Nationalratssitzen begnügen. Ebenfalls hat unsere Partei im Oberland Wähleranteile eingebüsst und der Sitz von Adrian Amstutz ging auch verloren. Leider konnten wir im Wahlkampf mit

unseren politischen Zielen zu wenig punkten. Die Klimadiskussion wurde von uns zu zögerlich angegangen, was viele Wähler verunsicherte, und das Wahlmaterial landete ungeöffnet im Papierkorb. Wir müssen uns wieder vermehrt klar und deutlicher zu unseren Kernthemen äussern und vor allem braucht es mehr Geschlossenheit in der ganzen Partei.

Die Stimmbeteiligung ist zu tief gewesen für nationale Wahlen. Während in der Stadt Bern die Stimmbeteiligung bei 56% lag, gingen im Verwaltungskreis Interlaken-Oberhasli nur gerade 44.2%, im Verwaltungskreis Obersimmental-Saanenland 50.7% und im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental 51.5% an die Urne. So können wir doch weiss Gott keine Wahlen mehr gewinnen!!
Dass vor allem bei uns im ländlichen Raum die Bequemlichkeit gestiegen und das Interesse am politischen Geschehen so gesunken ist, haben auch wir von der SVP zu verantworten. Viele Mandatsträger begnügen sich mit dem Ausführen ihres Amtes und der Einsatz für die Bevölkerung wird vernachlässigt.

Besser hat die SVP bei den Ständeratswahlen abgeschnitten und konnte im zweiten Wahlgang den vor Jahren verlorenen Ständeratssitz mit Werner Salzmann zurückgewinnen. Werner erreichte mit 154‘000 Stimmen ein supergutes Resultat. Herzliche Gratulation.

Gratulieren möchte ich aber auch unserem einzig verbleidenden Nationalrat aus dem Oberland Erich von Siebenthal, welcher mit 101‘000 Stimmen wieder ein super Resultat erzielt hat.

Somit bleibt zu hoffen, dass wir die richtigen Lehren aus den Nationalratswahlen ziehen und uns wieder vermehrt geschlossen für Themen einsetzen, welche manchmal vielleicht unangenehm sind, aber der Bevölkerung mehr nützen, als wenn wir uns einfach den anderen anpassen. Politiker, welche sich in Bern gerne zurücklehnen und zur Elite zählen wollen, gibt es längst genug.

Die Sektionen (das muss auch gesagt werden) haben ausgezeichnete Arbeit geleistet und es wurden sehr gute und spannende Anlässe organisiert. Leider war bei den sogenannten «Säli»-Anlässen nicht immer sehr viel Publikum anwesend. Ich bin der Meinung, dass wir dieses Konzept überdenken und uns überlegen müssen, wie wir unsere Wähler erreichen können. Ich bin mir bewusst, dass dies schwierig sein wird, da in der heutigen digitalen Zeit, jederzeit und überall Videos mit politischen Diskussionen und Streitgesprächen angeschaut werden können. Trotzdem bin ich überzeugt, dass wir mit Standaktionen und direkten Überzeugungsgesprächen die Bevölkerung auf der Strasse abholen könnten.

100 Jahre SVP Sektionen: Viele Sektionen haben 2019 auf eindrückliche Art und Weise ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert. Ich gratuliere den Sektionen Brienz, Wimmis, Spiez, Frutigen, Reichenbach, Aeschi, Kandersteg, Oberwil, Därstetten-Weissenburg, Erlenbach und Diemtigen. Zum Teil haben die Gründungsversammlungen in Kirchen stattgefunden mit über 300 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern, so geschehen zum Beispiel in Diemtigen. Es hat mich sehr gefreut, dass ich als Präsident des Wahlkreisverbandes Oberland jeweils eine kurze Grussbotschaft und ein kleines Präsent überreichen durfte.

Hauptversammlung vom 29. April 2019: Im Restaurant Möve in Faulensee fand unsere Hauptversammlung statt. Die Versammlung hat unseren Nationalratskandidaten Erich von Siebenthal, Andreas Michel und Thomas Knutti für den Wahlkampf je Fr. 5‘000.- zur Verfügung gestellt. Ebenfalls wurden die Kandidaten der JSVP Nils Fiechter und Fabian Wyssen mit je Fr. 1‘500.- unterstützt. Die Rechnung 2018 schliesst mit einem Verlust von Fr. 14‘000.- ab (Grund Grossratswahlen). Der Wahlkreis war auch an der Standbetreuung an der BEA in Bern beteiligt und konnte mit vielen Besuchern gute Gespräche führen.

Adieu Sven Rindlisbacher: Leider mussten wir am 17. September 2019 traurig, aber mit vielen schönen Erinnerungen, Abschied nehmen von Sven Rindlisbacher aus Spiez. Sven war ein sehr aktives und überzeugtes SVP Mitglied und hat vor allem in Spiez sehr viel bewegt. Wir werden deine herzliche und liebevolle Art ewig vermissen, lebe wohl.

Die Kreisverbände und Sektionen als wichtiges Element: Für den Wahlkreis Oberland sind die Kreisverbände nach wie vor von grosser Bedeutung. Besonders bei kommunalen Wahlen ist die Vernetzung der Unterverbände sehr wichtig, um das Netzwerk optimal auszunutzen. Die Arbeit in den Sektionen und das Werben von neuen Mitgliedern sind sehr wichtige Elemente für unsere Partei. Die Mitgliederbestände müssen in unserer Region unbedingt erhöht werden. Das Gewinnen von jungen, interessierten SVP-Mitgliedern darf nicht vernachlässigt werden. Wie jedes Jahr waren unsere Sektionen an Märkten vertreten und haben für unsere Partei gute Werbung gemacht.

SVP ist in den Gemeinden erfolgreich: Auf kommunaler Ebene ist die SVP im Oberland in vielen Exekutivämtern vertreten. Dank dieser Vernetzung können wichtige Anliegen kantonal und über die nationale Politik gemeinsam beeinflusst werden. In diversen Gemeinden fanden letzten Herbst Gemeindewahlen statt. Erfreulicherweise konnten die Kandidaten und Kandidatinnen der SVP sehr erfolgreich abschneiden und somit viele Sitzgewinne verbuchen. In sämtlichen Gemeinden wurde vor und während den Gemeindewahlen hervorragende Arbeit geleistet.

Herzliches Dankeschön: Ich bedanke mich bei Nationalrat Erich von Siebenthal für seinen Einsatz in Bundesbern und das Organisieren der Anlässe «d‘SVP bi de Lüt» in den Verwaltungskreisen des Oberlands, bei den Grossrätinnen und Grossräten für die Arbeit im kantonalen Parlament, bei unseren Sektionen und Gemeinderäten für die Arbeit in den Gemeinden, bei der Geschäftsleitung für die angenehme Zusammenarbeit und bei den Kreisverbänden für ihren Einsatz.

Ein Grosses MERCI geht an die «Einpacktruppe», welche sich immer wieder, manchmal auch sehr kurzfristig, zur Verfügung stellt, um Versände an unsere Mitglieder zu verpacken. Ich hoffe, wir können auch im 2020 gemeinsam viele gemütliche, politische Stunden verbringen. Ich bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit.

Thomas Knutti, Präsident, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft

Obergericht

Im vergangenen Jahr sind Oberrichter Stephan Stucki (SP) und Oberrichter Peter Zihlmann (Grüne) zurückgetreten. Zu ihren Nachfolgern hatte der Grosse Rat bereits in der Septembersession 2018 Anastasia Falkner (FDP) und Ronnie Bettler (SVP) gewählt. Diese traten ihr Amt im Februar 2019 an. Die mit ihrer Wahl frei werdenden Ersatzrichterstellen am Obergericht besetzte der Grosse Rat in der Märzsession 2019 mit Antonie Meyes (SVP) und Katrin Sanwald (SP).

Die Fallzahlen an den Zivilkammern des Obergerichts nahmen im Berichtsjahr deutlich zu, vor allem bei den französischsprachigen Fällen. Am Kindes- und Erwachsenenschutzgericht (Beschwerdeinstanz in Kindes- und Erwachsenenschutzsachen) gingen etwa gleich viele Fälle ein wie im Vorjahr. Am Handelsgericht bewegten sich die Fallzahlen leicht unter dem Durchschnitt der Vorjahre. An den Strafkammern und der Beschwerdekammer hielten sich die Geschäftszahlen auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Aufgrund bundesgerichtlicher Vorgaben musste im Vergleich zu früheren Jahren deutlich umfangreicher Beweis abgenommen werden, was trotz gleich bleibender Geschäftszahlen dauerhaft zu einem beträchtlichen Mehraufwand führt, der bisher durch den Einsatz von Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern und durch die Anstellung zusätzlicher Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber abgefedert werden konnte.

An den erstinstanzlichen Gerichten nahmen sechs Richterinnen und Richter ihre Tätigkeit neu auf. Die Geschäftszahlen blieben an den Regionalgerichten im Zivilbereich auf dem Niveau der Vorjahre, während sie im Strafbereich nach der markanten Zunahme ab 2016 im Berichtsjahr wieder etwas zurückgingen. An den kantonalen Gerichten (Wirtschaftsstrafgericht, Zwangsmassnahmengericht und Jugendgericht) bewegten sich die Fallzahlen etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Einzig das Jugendgericht verzeichnete eine Zunahme der Geschäfte. An den Schlichtungsbehörden nahmen die Fallzahlen insgesamt leicht ab, dafür wurden mehr Rechtsberatungen durchgeführt.

Die Sanktion der Landesverweisung wird seit drei Jahren angewendet. Insgesamt wurden 224 Strafverfahren geführt, in denen eine obligatorische Landesverweisung geprüft werden musste. Verhängt wurde sie in 204 Fällen.

Die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit weist im Berichtsjahr einen Gesamtaufwand von 94,8 Millionen (Vorjahr CHF 95,1 Mio.) und Gesamterträge von 26,6 Millionen (Vorjahr CHF 30,1 Mio.) auf, was trotz sinkendem Aufwand bei gleichzeitig abnehmenden Erträgen zu einem gegenüber dem Vorjahr um CHF 3,2 Millionen schlechteren Ergebnis von CHF 68,2 Millionen führt (Vorjahr CHF 65,0 Mio.). Das Budget von CHF 69,8 Millionen wurde allerdings um CHF 1,6 Millionen unterschritten.

Christian Josi, Oberrichter, Hünibach

Verwaltungsgericht

Im Laufe des Geschäftsjahres sind beim Verwaltungsgericht 1’390 neue Fälle eingegangen, 1’407 Fälle wurden erledigt und 1’011 auf das Folgejahr übertragen. Im Verwaltungsrecht waren 432 und im Sozialversicherungsrecht 958 Eingänge zu verzeichnen (deutsch und französisch zusammen).

Beim Verwaltungsgericht war die Belastung im Bau- und Planungsrecht sowie im Ausländerrecht unverändert hoch, während zudem im Bereich der Steuern eine Zunahme der Eingänge zu verzeichnen war. Im Bereich des Sozialversicherungsrechts hat sich die Tendenz der zunehmenden Komplexität mit steigendem Aufwand zufolge umfangreicher Akten und aufwändigen zusätzlichen Abklärungen, vorab in den Verfahren der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung und der beruflichen Vorsorge, bestätigt. Die Abteilung für französischsprachige Geschäfte war zudem mit aufwändigen Verfahren in Sachen politische Rechte und Bildungsrecht befasst. Die Leiturteile des Verwaltungsgerichts werden in der Zeitschrift «Bernische Verwaltungsrechtsprechung» (BVR) abgedruckt. Praktisch sämtliche Entscheide des Gerichts sind zudem im Internet aufgeschaltet und unter https://www.vg-urteile.apps.be.ch/tribunapublikation/ abrufbar. Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt bei verwaltungsrechtlichen Verfahren rund 7½ und bei sozialversicherungsrechtlichen Verfahren knapp 6 Monate.

Das Jahr 2019 war geprägt vom Eintritt zweier neuer Verwaltungsrichter. In der sozialversicherungsrechtlichen Abteilung folgte Philippe Jakob (parteilos) auf den per Ende Oktober 2018 pensionierten Verwaltungsrichter Daniel Grütter (SVP) und bei der verwaltungsrechtlichen Abteilung trat Verwaltungsrichter Nils Stohner (SP) per 1. Juli 2019 die Nachfolge von Verwaltungsrichter Robert Burkhard (SP), der per Ende Mai 2019 altershalber zurückgetreten war, an. Auch 2019 konnten verschiedene angehende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte ein Praktikum absolvieren und Lernende sich auf ihren Lehrabschluss vorbereiten.

Das Verwaltungsgericht besorgt neben seinem Kerngeschäft – der Rechtsprechung – auch die Vorbereitung des Budgets sowie die Rechnungsführung, den Rechnungsabschluss und die damit verbundene Berichterstattung für sich und die unter seiner Aufsicht stehenden übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden, d.h. für die Steuerrekurskommission, die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission sowie für die Bodenverbesserungskommission.

Ivo Schwegler, Verwaltungsrichter, Boll

Generalstaatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft konnte sich im Berichtsjahr in den Revisionsprozess der Strafprozessordung einbringen. Das Resultat ist eine in weiten Teilen annehmbare Vorlage. Änderungsbedarf besteht in fünf Punkten: Bei den Teilnahmerechten wird der EMRK-Standard mit dem einmaligen Recht auf Konfrontation bevorzugt. Im Bereich der Siegelung ist von Rechtsmittelmöglichkeiten, die das Verfahren verlängern, abzusehen. Für die DNA-Abnahme und -Auswertung soll angesichts der Geringfügigkeit des Eingriffs eine «gewisse Wahrscheinlichkeit» genügen. Ferner ist von der Ausweitung der Informationspflicht bei Verfahrensabschluss auf alle geschädigten Personen (nicht nur Opfer) abzusehen. Und schliesslich soll im Strafbefehlsverfahren mit Blick auf den Ressourcenbedarf eine Einvernahmepflicht nur bei unbedingten Freiheitsstrafen ab einer gewissen Höhe Platz greifen.

Das Geschäftsjahr 2019 zeichnete sich durch konsolidierte Abläufe im Kerngeschäft aus. Die Staatsanwaltschaft bewegt sich in Richtung der gesetzten Ziele. Bei nahezu gleichbleibendem Anzeigevolumen (2019: 118’772; 2018: 120’022) und vergleichbarer Kriminalitätslage fällt der Vergleich der Belastungen der regionalen Staatsanwaltschaften untereinander ausgeglichener aus. Die Belastung ist nach wie vor hoch. Im Unterschied zu den Regionen Bern-Mittelland und Emmental-Oberaargau waren in den Regionen Oberland und Berner Jura-Seeland deutlich mehr Untersuchungen zu eröffnen als geplant, was trotz Praxisvereinheitlichungen nicht vollends steuerbar ist. Die in der Vergangenheit besonders belastete Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland fügt sich besser ins Gesamtbild ein. Der angestrebte Zielwert von 65 Untersuchungen pro Staatsanwältin oder Staatsanwalt wird noch nicht erreicht. Im Strafbefehlswesen wurde die Planungsvorgabe erreicht. Das hierfür eingesetzte Personal konnte den Sockelwert von 14’500 hängigen Strafbefehlsverfahren halten, dies auch dank eines minimen Rückgangs der Eingänge.

Die hohen Fallzahlen im Bereich der digitalen Kriminalität und die hohen Belastungswerte der mit Grossverfahren betrauten Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben führen zum Projekt «Spezialisierung-Zentralisierung». Die Grundlagen dieser Organisationsentwicklung wurden in Verbindung mit der nun für Dezember 2020 geplanten Einführung der neuen Geschäftsverwaltung «Rialto» erarbeitet. Die digitale Kriminalität wird künftig zentral behandelt, dies in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Der internationale Rechtshilfevollzug wird zentralisiert vorangetrieben und der Staatsanwaltschaft wird ein/e Vermögensabschöpfungsspezialist/in zur Verfügung stehen. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass sich die Weitsicht in der Stellenplanung als Ergänzung der Verbundaufgabe Kantone-Bund auszahlen wird.

Die Staatsanwaltschaft hat das zur Verfügung stehende Globalbudget von Fr. 52,6 Mio. nicht ausgeschöpft. Mit einer Beanspruchung von Fr. 47,5 Mio. wurden die Mittel um Fr. 5,1 Mio. oder 9,7 % unterschritten. Der Saldo der Deckungsbeitragsrechnung beträgt bei einer geplanten Unterdeckung von Fr. 25,4

Mio. per Jahresende Fr. 19,2 Mio.; nicht beansprucht wurden Fr. 6,2 Mio. oder 24,4 %.

Das positive Ergebnis der kantonalen Personalbefragung ist für den Bereich der Staatsanwaltschaft zu bestätigen. Im Berichtsjahr waren ein Rückgang der Austritte und eine tiefere Fluktuationsrate zu verzeichnen. Trotzdem durften verhältnismässig viele Stellen besetzt werden, was u.a. auf die Personalmassnahmen im Projekt «Rialto» zurückzuführen ist. Die Vorgaben zur Stellenbewirtschaftung (Soll-Stellen) wurden eingehalten.

Christof Scheurer, stv. Generalstaatsanwalt, Bern

Der Märit in Ittigen, nur eines der vielen Beispiele
von Standaktivitäten im nationalen Wahlkampf

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung (GL)

Präsident:	Werner Salzmann, Mülchi
Vizepräsidenten:	Manfred Bühler, Cortébert
	Christoph Peter, Herbligen
	Anne Speiser, Zweisimmen
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsidentin	Madeleine Amstutz, Sigriswil
Präsidentin SVP Frauen:	Petra Wyss, Aarberg
Weitere Mitglieder der GL:	Alfred Bärtschi, Lützelflüh
	Beat Bösiger, Niederbipp
	Rudolf Friedli, Bern
	Sandra Schneider, Biel

Parteivorstand (PV)

Mitglieder der Geschäftsleitung (s.o.)

Regierungsmitglieder:	Christoph Neuhaus, Kaufdorf
	Pierre Alain Schnegg, Champoz
Eidg. Parlamentarier:	Andreas Aebi, Alchenstorf
	Adrian Amstutz, Sigriswil (bis 01.12.)
	Manfred Bühler, Cortébert (bis 01.12.)
	Andrea Geissbühler, Bäriswil
	Lars Guggisberg, Kirchlindach (ab 01.12.)
	Erich J. Hess, Bern
	Nadja Pieren, Heimiswil
	Albert Rösti, Uetendorf
	Werner Salzmann, Mülchi
	Erich von Siebenthal, Gstaad

Vertreter Fachkommissionen:
Markus Aebi, Hellsau (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen)
Lars Guggisberg, Kirchlindach (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)
Thomas Knutti, Weissenburg (Sicherheitskommission)
Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (Bildungskommission)
Raphael Lanz, Thun (Finanzkommission)
Martin Schlup, Schüpfen (Gesundheits- und Sozialkommission)

Vertreter der Jungen SVP:	Nils Fiechter, Frutigen
Vertreter SVP Senioren:	Ulrich Iseli, Madiswil
Präsidenten Wahlkreisverbände:	
	Andreas Aebi, Alchenstorf
	Yves Bichsel, Uetendorf (bis 01.04.)
	Andreas Burren, Lanzenhäusern

Thomas Fuchs, Bern
Thomas Knutti, Weissenburg
Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (seit 01.04.)
Samuel Leuenberger, Bannwil
Martin Schlup, Schüpfen
Hans Rudolf Schweizer, Utzigen
Patrick Tobler, Montagne de Moutier

Präsidenten kant. Wirtschaftsverbände

Peter Brand, Münchenbuchsee (HEV)
Hans Jörg Rüegsegger, Riggisberg (BEBV)

Weitere Mitglieder: Martin Baltisser, Bremgarten
Daniel Bichsel
Thomas Fuchs, Bern
Donat Schneider, Diessbach b. Büren

Grossratsfraktion

Abplanalp Ueli, Brienzwiler
Aebi Markus, Hellsau
Aebischer Verena, Riffenmatt
Amstutz Madeleine, Sigriswil
Augstburger Ueli, Gerzensee
Bärtschi Alfred, Lützelflüh
Benoit Roland, Corgémont
Bichsel Daniel, Zollikofen
Bösiger Beat, Niederbipp
Buri Urs, Hasle b. B.
Freudiger Patrick, Langenthal
Geissbühler Sabina, Herrenschwanden
Gerber Christine, Detligen
Gfeller Ueli, Schangnau
Graber Anne-Caroline, La Neuveville
Gschwend-Pieren Andrea, Heimiswil
Guggisberg Lars, Kirchlindach
Hebeisen Annegret, Münchenbuchsee
Hess Erich, Bern
Hofer Stefan, Bern
Iseli Jürg, Zwieselberg
Josi Barbara, Wimmis
Klopfenstein Etienne, Corgémont
Knutti Thomas, Weissenburg
Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg
Lanz Raphael, Thun
Leuenberger Samuel, Bannwil
Marti Willy, Kallnach
Michel Andreas, Meiringen
Moser Werner, Landiswil
Müller Mathias, Orvin
Müller Moritz, Bowil
Ruchti Fritz, Seewil
Rüegsegger Hans Jörg, Riggisberg
Salzmann Peter, Mülchi
Schilt Walter, Utzigen
Schlatter Carlo, Thun
Schlup Martin, Schüpfen
Schneider Sandra, Biel
Schüpbach Andreas, Huttwil
Speiser Anne, Zweisimmen
Sutter Walter, Langnau
Tobler Marc, Moutier
Wandfluh Ernst, Kandergrund
Wyss Fritz, Wengi
Zimmermann Kurt, Frutigen

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2019)

Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch)

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil (ex officio)
Jolanda Brunner, Spiez
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/alt Grossrat, Bern
Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Kaltacker
Miriam Gurtner, Konolfingen
Reto Jakob, Steffisburg (ab 30.06.)
Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg
Helena Morgenthaler, Langenthal
Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Nadja Pieren, Nationalrätin, Heimiswil (ex officio)
Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf (ex officio)
Werner Salzmann, Nationalrat, Mülchi (ex officio)
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)
Petra Wyss, Aarberg (bis 29.06.)

Mitglieder der Parteileitung

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf (ex officio)
Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Nationalrätin, Heimiswil
Werner Salzmann, Nationalrat, Mülchi (ex officio)
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Mitglied des Parteileitungsausschusses

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf (ex officio)
Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Regierungsmitglieder

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehr- und Energiedirektor, Kaufdorf
Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- u. Fürsorgedirektor, Champoz

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär, Bern
Jasmin Jakob, Alleinsekretärin, Neuenegg (bis 30.06.)
Céline Jürgensen, Alleinsekretärin, Köniz (seit 01.08.)
Angelo Andres, Praktikant, Ostermundigen

Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern»

Werner Aebischer, Präsident, Guggisberg
Jean-Michel With, Vize-Präsident, Belp
Hans Ueli Salzmann, Sekretär, Oberburg (bis 30.10.)
Urs Buri, Hasle b. B. (seit 01.11.)
Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern

Andrea Gschwend-Pieren, Präsidentin, Grossrätin, Kaltacker
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/alt Grossrat, Vizepräsident, Bern
Markus Steiner, Kassier, Fraubrunnen
Mathias Müller, Grossrat, Beisitzer, Orvin
Gerhard Fischer, alt Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Meiringen (bis 22.5.)
Beat Bösiger, Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Niederbipp (ab 23.5.)
Beratend:
Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin SVP, Ostermundigen
Jean-Michel With, Finanzverantwortlicher SVP, Belp

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei den Verlust eines verdienten Exponenten zu beklagen.

Fritz Abraham Oehrli, alt Nationalrat und alt Grossrat, Sigriswil, vertrat die SVP Kanton Bern von 1995 bis 2007 im Nationalrat. Zuvor war er von 1977 bis 1984 Gemeinderat von Sigriswil und von 1982 bis 1995 im Grossen Rat. Zudem präsidierte Fritz Abraham Oehrli den Schweizerischen Alpwirtschaftlichen Verein, den Bernischen Bauernverband und den Bernischen Kälbermästerverband und war in weiteren Verbänden als Vorstandsmitglied aktiv.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Man muss daran glauben und alles geben, dann klappt's. Das ist nicht nur in Hollywood-Filmen so, sondern tatsächlich auch bei den Nationalratswahlen. Wir haben am 20. Oktober zwei Sitze verloren, weil wir zu wenig an uns glaubten. Und wir haben am 17. November den Ständeratssitz geholt, weil alle an den Erfolg geglaubt haben und geeint auch alles dafür gegeben haben. Die SVP Kanton Bern mit ihrer 100jährigen Geschichte ist zurück im Ständerat, endlich!

Es war ein bewegtes Jahr und zeitweise kam es einem so vor, als würden wir mindestens auf operativer Stufe von einer Chaos-Phase in die andere geraten. Ein kleiner Brandherd in einer Sektion hier, ein Plakatstau in einer Sektion da und massgeschneiderte Wahlbotschaften dort. Gleichzeitig mindestens dreimal am Tag die Social Media bedienen, bei Regenwetter mehr, bei Sonne auch mal etwas weniger, und dabei «Emotions» und «News» in einem süffigen Mix verbinden, damit es in der heutigen Zeit der Reizüberflutung überhaupt noch wahrgenommen wird. Plakate und Flyer genügen ja nicht mehr, es braucht Clips, Streams und Memes (wie auch immer man das ausspricht) auf Facebook, Instagram, via Whatsapp-Broadcast – und wenn ein Bundesrat tiktok nutzt, warum dann nicht auch eine Kantonalpartei? Ein klares strategisches Konzept half, dabei immer den Überblick zu behalten. An dieser Stelle ein grosses Merci der Co-Wahlleitung und dem ganzen Wahlteam für ihren Einsatz!

Im Wahljahr gab es auch einen Wechsel im Sekretariat. Die langjährige erste Ansprechperson im Sekretariat, Jasmin Jakob, entschied sich, eine neue Stelle im medizinischen Umfeld anzunehmen. Ich danke ihr an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit und wünsche ihr für die Zukunft das Allerbeste! Mit Céline Jürgensen verstärkt nun eine neue junge Kraft unser Team. Sie konnte im Wahljahr bereits unter Beweis stellen, dass sie auch in hektischen Zeiten Ruhe bewahrt. Eine gute Voraussetzung für die Arbeit in der SVP-Zentrale. An dieser Stelle sei auch der verlässliche Einsatz meines Stellvertreters, Fraktionssekretär Reto Niederhauser, und das IT-Engagement des Praktikanten Angelo Andres verdankt. Die SVP-Zentrale versteht sich als Ort, wo junge Kräfte die SVP kennen lernen, neue Impulse entwickeln und wachsen können. Es macht Freude, auf diese Weise auch immer am Ball zu bleiben, zu hören, wie die Jugend tickt, um am Puls der Zeit zu sein und auch morgen noch Bernerinnen und Berner von der Wichtigkeit der SVP-Werte zu überzeugen.

Nun ist es an der Zeit, das wahlfreie Jahr zu nutzen, um alle Pendenzen aufzuarbeiten, die Analysen vorzunehmen und sich strukturell, programmatisch und technisch auf die Zukunft vorzubereiten. Der BEA-Auftritt soll optimiert, die Homepage-Lösungen verbessert und Know-How weitergegeben werden. Die Arbeit geht uns also nicht aus, zum Glück!

Aliki Panayides, Geschäftsführerin, Vize-Gemeindepräsidentin Ostermundigen

VI. Die Partei in Zahlen

Sektion	Bestand 31.01.2019	Bestand 31.01.2020	Veränderung
Allmendingen	25	26	+1
Bolligen	114	106	-8
Bremgarten b. Bern	26	25	-1
Diemerswil	19	19	0
Ferenbalm	64	63	-1
Fraubrunnen	139	131	-8
Frauenkappelen	24	23	-1
Gurbrü	39	38	-1
Ittigen	42	40	-2
Jegenstorf-Münchringen	77	78	+1
Kirchlindach	79	73	-6
Kriechenwil	14	13	-1
Laupen	37	36	-1
Mattstetten	23	22	-1
Meikirch	62	60	-2
Moosseedorf	75	68	-7
Mühleberg	84	76	-8
Münchenbuchsee	169	157	-12
Münchenwiler	6	6	0
Muri-Gümligen	84	82	-2
Neuenegg	198	198	0
Ostermundigen	58	48	-10
Stettlen	37	31	-6
Urtenen-Schönbühl	66	66	0
Vechigen	185	173	-12
Wohlen b. Bern	113	100	-13
Worb	165	126	-39
Zollikofen	91	92	+1
Mittelland-Nord	**2115**	**1976**	**-139**

Arni	27	27	0
Belp	153	151	-2
Biglen	65	61	-4
Bowil	43	39	-4
Gerzensee	73	77	+4
Grosshöchstetten	46	44	-2
Guggisberg	31	30	-1
Kaufdorf	16	16	0
Kehrsatz	26	28	+2
Kiesen-Oppligen	45	45	0
Kirchdorf	85	83	-2
Köniz	197	184	-13
Konolfingen	139	129	-10
Landiswil	54	55	+1
Linden	53	54	+1
Münsingen	73	79	+6
Oberbalm	35	35	0
Oberdiessbach	64	65	+1
Oberthal	12	12	0
Riggisberg	77	77	0
Rüeggisberg/Längenberg	110	104	-6
Rüschegg	28	28	0
Schwarzenburg	90	91	+1
Thurnen	25	25	0
Toffen	57	57	0
Walkringen	37	42	+5
Wichtrach	90	90	0
Zäziwil	62	63	+1
Mittelland-Süd	**1813**	**1791**	**-22**
Aarberg	92	101	+9
Aegerten-Brügg	15	15	0
Bellmund	16	18	+2
Biel / Bienne	100	93	-7
Büetigen	28	26	-2

Bühl	14	12	-2
Büren a. Aare	82	82	0
Diessbach b. Büren		2	+2
Dotzigen	45	45	0
Epsach	18	18	0
Erlach	53	53	0
Grossaffoltern	54	55	+1
Grosses Moos	31	25	-6
Ins	134	131	-3
Ipsach	27	25	-2
Jens	23	23	0
Jolimont	80	72	-8
Kallnach	46	37	-9
Kappelen	55	54	-1
Lengnau	72	66	-6
Lyss-Busswil	131	126	-5
Meinisberg	22	22	0
Müntschemier	57	58	+1
Nidau	20	18	-2
Oberwil b. Büren	48	44	-4
Orpund	59	57	-2
Pieterlen	47	46	-1
Port	37	36	-1
Radelfingen	69	68	-1
Rapperswil	77	77	0
Safnern	44	45	+1
Schüpfen	96	96	0
Schwadernau	13	13	0
Seedorf (BE)	133	129	-4
Studen	17	13	-4
Sutz-Lattrigen	10	11	+1
Täuffelen	45	48	+3
Treiten	40	40	0
Twann-Tüscherz-Alfermée	3	3	0
Walperswil	33	33	0
Wengi	34	37	+3

Worben	46	46	0
Einzelmitglied	7	7	0
Seeland	**2073**	**2026**	**-47**
Corgémont	20	18	-2
Cortébert	14	15	+1
Court	16	16	0
Courtelary	2	1	-1
La Chaux d'Abel	5	5	0
La Ferrière	5	5	0
La Neuveville	14	13	-1
Mont-Tramelan	2	2	0
Moutier	54	55	+1
Moutier Diverse	31	30	-1
Nods	1	1	0
Orvin	17	17	0
Péry	11	11	0
Plateau de Diesse	7	6	-1
Reconvilier	21	18	-3
Renan	13	13	0
Romont	5	5	0
Saint-Imier	31	30	-1
Sauge	13	13	0
Sonceboz-Sombeval	8	8	0
Sonvilier	10	10	0
Tavannes	24	23	-1
Tramelan	27	27	0
Valbirse	23	23	0
Berner Jura	**374**	**365**	**-9**
Aefligen	34	34	0
Affoltern i. E.	68	67	-1
Alchenstorf	46	46	0
Bätterkinden	73	73	0
Burgdorf	102	96	-6

Dürrenroth	48	45	-3
Eggiwil-Röthenbach	113	113	0
Ersigen	120	114	-6
Hasle b. B.	68	69	+1
Heimiswil	81	81	0
Hindelbank	49	49	0
Höchstetten-Hellsau	15	9	-6
Kirchberg	78	78	0
Koppigen	83	80	-3
Krauchthal	85	85	0
Langnau i. E.	128	124	-4
Lauperswil	57	54	-3
Lützelflüh	77	78	+1
Lyssach	65	66	+1
Oberburg	164	162	-2
Rüderswil	37	37	0
Rüdtligen-Alchenflüh	32	32	0
Rüegsau	89	87	-2
Schangnau	71	71	0
Signau	54	50	-4
Sumiswald/Wasen	140	136	-4
Trachselwald	26	26	0
Trub/Trubschachen	56	56	0
Utzenstorf	100	97	-3
Wynigen	115	108	-7
Zielebach	13	11	-2
Emmental	**2287**	**2234**	**-53**
Aarwangen	117	110	-7
Attiswil	41	41	0
Auswil	10	9	-1
Bleienbach	79	79	0
Busswil/Melchnau	83	86	+3
Eriswil	48	44	-4
Gondiswil	23	22	-1

Herzogenbuchsee	86	85	-1
Huttwil	135	129	-6
Langenthal	234	228	-6
Lotzwil	44	41	-3
Madiswil	100	97	-3
Niederbipp	101	101	0
Oberbipp	71	72	+1
Obersteckholz	17	17	0
Roggwil	95	92	-3
Rohrbach	32	31	-1
Schwarzhäusern	19	19	0
Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg	60	57	-3
Thörigen	49	42	-7
Thunstetten	73	74	+1
Ursenbach	28	28	0
Walterswil	38	37	-1
Wangen a. Aare	56	56	0
Wiedlisbach	26	26	0
Wyssachen	33	33	0
Einzelmitglieder	32	27	-5
Oberaargau	**1730**	**1683**	**-47**
Amsoldingen	37	35	-2
Buchholterberg-Wachseldorn	79	77	-2
Burgistein	30	31	+1
Gurzelen	25	25	0
Heimberg	70	70	0
Hilterfingen	31	35	+4
Höfen	35	31	-4
Linkes Zulggebiet - Umgebung	65	63	-2
Oberhofen	54	46	-8
Reutigen	47	47	0
Schwarzenegg-Fahrni	158	152	-6
Seftigen	51	51	0

Sigriswil	166	154	-12
Steffisburg	107	108	+1
Thierachern	52	50	-2
Thun	230	229	-1
Uebeschi	28	27	-1
Uetendorf	144	142	-2
Uttigen	43	41	-2
Wattenwil	80	87	+7
Zwieselberg	10	10	0
Einzelmitglieder	1	2	+1
Thun	**1543**	**1513**	**-30**
Adelboden	50	49	-1
Aeschi b. Spiez	85	86	+1
Beatenberg	40	41	+1
Boltigen	32	33	+1
Bönigen	29	29	0
Brienz	64	67	+3
Därstetten/Weissenburg	60	65	+5
Diemtigen	58	51	-7
Erlenbach	24	24	0
Frutigen	195	189	-6
Grindelwald	102	101	-1
Gsteig	21	25	+4
Habkern	31	28	-3
Interlaken	67	56	-11
Kandersteg	24	26	+2
Lauterbrunnen	27	29	+2
Lenk	49	48	-1
Matten	54	46	-8
Oberhasli	121	118	-3
Oberwil i. S.	37	34	-3
Reichenbach	77	74	-3
Ringgenberg/Goldswil	52	44	-8
Saanen	183	177	-6

Spiez	139	130	-9
St. Stephan	72	82	+10
Unterseen	55	58	+3
Wilderswil	52	49	-3
Wimmis	129	125	-4
Zweisimmen	60	59	-1
Einzelmitglieder	2	2	0
Oberland	**1991**	**1945**	**-46**
Bern Stadt	**336**	**348**	**+12**
Direktmitglieder Kanton	48	50	+2
Total Kanton Bern	**14310**	**13931**	**-379**